Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 175 | Freitag, den 8. August 1919. | 46. Jahrg.

Der achte August.

Morgen jährt sich der schwärzeste Tag der deutschen Geschichte. Am 8. August 1918 zerbrach der Grundbau des deutschen Schicksals. Der Krieg, der vier Jahre lang wie ein einziger deutscher Sieg gestrahlt hatte, wandelte sich innerhalb weniger Vormittagsstunden zu der ungeheuersten Niederlage, die je ein ruhmreiches Volk erlebt hat. Ludendorff, der sich drei Wochen vorher dem neuen Staatssekretär von Hintze feierlich dafür verbürgt hatte, daß die deutsche Westoffensive den Feind niederzwingen werde, mußte wenige Tage nach dem 8. August in der Kaisersitzung von Spa darlegen, daß die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen geboten sei. Der 8. August schloß eine Welt des Glanzes und der Größe ab und bezeichnete den Anfangspunkt des deutschen Niedergangs in Armut und Sklaverei.

Wir sind heute über die einzelnen militärischen und politischen Vorgänge dieser schwarzen Augustwochen von 1918 genau unterrichtet. Am 15. Juli war der vierte Offensivstoß an der Westfront in einem französischen Gegenangriff gescheitert. In seinem Memoirenwerk schreibt Ludendorff: „Wir waren immer über die feindlichen Pläne unterrichtet, die Feinde aber nie über die unseren. Bloß am 15. Juli wußten sie Bescheid von unserem Vorhaben, da hatten wir es ihnen auch zu leicht gemacht." Dieser vierte Offensivstoß wurde abgebrochen und Ludendorff bereitete nun ein neues großes Unternehmen vor, das aus der Ypperngegend her den Feind treffen sollte. Die Vorbereitungen dazu beschäftigten die Oberste Heeresleitung so sehr, daß sie kein Auge hatte für das, was sich südöstlicher vor der zweiten deutschen Armee vorbereitete. Ludendorff hat in seinen Memoiren ganz recht: „Wir wußten immer, wenn die Feinde etwas vorhatten." Auch vor dem 8. August war die Oberste Heeresleitung darauf aufmerksam gemacht worden, daß gegenüber der zweiten Armee etwas im Gange war — aber in einem tragischen Irrtum befangen, maß sie diesen Dingen keine Bedeutung bei.

In der „Kölnischen Volkszeitung" ist aus der Feder eines Offiziers, der im Generalstab des Generalkommandos jenes Korps gearbeitet hat, bei dem der feindliche Einbruch erfolgte, eine genaue Darstellung der Vorgänge jener Tage erschienen. Bereits in den ersten Augusttagen, so erzählt dieser Offizier, mehrten sich an seinem Frontteil die Anzeichen einer bevorstehenden feindlichen Aktion. Jeden Morgen machten die Truppen Meldungen über feindliche Vorbereitungen besonderer Art. Am 5. August berichteten sie über die Auffahrt von Hunderten feindlicher Tanks. Das war ein Zeichen, daß ein großer Schlag geplant war. Das Generalkommando des Korps geriet in Sorge, aber seine Sorge wurde „weiter oben" nicht geteilt. Am 8. August erfolgte dann der große feindliche Angriff — aber immer noch maß ihm der schon seit einigen Tagen gewarnte Ludendorff keine Bedeutung bei. Er hielt das Ganze für eine lediglich lokale Demonstration der Gegner. Ludendorff sagte, er sei über die feindliche Kräfteverteilung genau unterrichtet. Der Feind könne hier nicht über die für eine große Offensive erforderlichen Mittel verfügen. Tatsächlich verfügte er über fünfzehn gute Divisionen, von denen Ludendorff keine Ahnung hatte. Er verweigerte dem betreffenden Generalkommando die geforderten Reserven und lehnte auch den Vorschlag des kommandierenden Generals ab, sich vom Feinde zu lösen und hinter die Somme zurückzugehen. Das wäre damals noch ohne Verluste möglich gewesen und hätte die Situation gerettet.

Erst vom 12. August an begann Ludendorff seinen katastrophalen Irrtum einzusehen. Aber immer noch sandte er keine Reserven, immer noch willigte er nicht in die Loslösung vom Feinde. Seine Maßnahme war die Ablösung des betreffenden kommandierenden Generals und dessen Ersatz durch einen „eisernen" Mann. Acht Tage darauf mußte trotzdem der Rückzug über die Somme erfolgen.

Die Oberste Heeresleitung hat nie zugegeben, daß sie die feindlichen Absichten an der Einbruchsstelle des 8. August unterschätzt hat. Wenn der Feind auch stärker gewesen sei, als sie angenommen habe, so hätte der Durchbruch doch nicht erfolgen können, wenn die deutschen Truppen an dieser Stelle nicht versagt hätten. Die Abwälzung der Schuld auf die Truppen, die vor einer unmöglichen Leistung zusammenbrachen, berührt wenig sympathisch, um so mehr, als Ludendorff diesen Truppen später wieder selber ein Ehrenzeugnis ausgestellt hat: nach dem neuen Weißbuch hat er am 17. Oktober in der großen Sitzung in Berlin ausgeführt, daß die Truppe, die am 8. August versagt habe, sich im Oktober an der Maas glänzend geschlagen habe. Daraus ist doch der Schluß zu ziehen, daß die Truppe sich auch am 8. August bewährt hätte, wenn überhaupt eine physische Möglichkeit dafür vorhanden gewesen wäre. Aber die feindlichen Vorbereitungen waren zu gewaltig, die feindliche Übermacht zu stark . . .

Der Zusammenbruch am 8. August entschied tatsächlich das ganze vierjährige Ringen. Am 14. August mußte in Spa die Oberste Heeresleitung bekennen, daß sie den Krieg nicht mehr siegreich beenden könne, und Deutschland mußte anfangen, seine Friedensbittgänge vorzubereiten . . .

Nach dem Frieden.

Die Wiederaufnahme des internationalen Eisenbahnverkehrs.

Mainz, 7. Aug. In Paris tagte eine interalliierte beschließende Konferenz über Wiederaufnahme der Verkehrsbeziehungen der Entente zu Mitteleuropa. Es soll die West-Ost-Verbindung, wie sie 1914 bestand, wieder hergestellt werden.

Der erste Dampfer Hamburg—Amerika.

Berlin, 7. Aug. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Hamburg, ist gestern abend der erste Dampfer von Deutschland direkt nach Amerika in See gegangen. Es ist der amerikanische Frachtdampfer „Ceresan" von der Karrlinie, der mit Stückgut und Fracht den Hamburger Hafen auf der Fahrt nach New York verließ. Damit ist der direkte Schiffahrtsverkehr zwischen Hamburg und Amerika eröffnet.

Neueste Nachrichten.

Zurückgekehrte Kriegsgefangene.

Köln, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Im Laufe dieser Woche sind auf dem Übergabebahnhof Köln-Deutz über 800 deutsche Kriegsgefangene eingetroffen und zwar in englischen Lazarettzügen aus englischen Kriegsgefangenenlagern in Nordfrankreich. Insgesamt waren es 875 Mann, darunter 75 aus den besetzten Gebieten.

Ueberreichung der österreichischen Antwort.

St. Germain, 7. Aug. (Priv-Telegr.) Nach der Überreichung der österreichischen Antwort auf den Friedensvertragsentwurf ist gestern abend der Staatskanzler Renner mit dem größten Teile der deutsch-österreichischen Delegation nach Wien zurückgereist.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Berlin, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verbande der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten der Metallindustrie im Reichsarbeitsministerium unter der Leitung des Regierungsrats Sitzler haben zu einer vollkommenen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit dem schnellen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Ausdehnung des Streiks in Liverpool.

Amsterdam, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Reuter meldet aus London: Die streikenden Polizisten in Liverpool suchen in jeder Weise einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen. Die Gemeindearbeiter haben gestern ihre Zustimmung zu einem Streik der Straßenbahnangestellten ausgesprochen und beschlossen, nach 24 Stunden die Arbeit niederzulegen, wenn die Forderungen des Straßenbahnpersonals und der anderen Gemeindebediensteten nicht bewilligt werden. Infolge des Beschlusses werden heute alle Gemeindebediensteten, u. a. auch die Elektrizitätsangestellten, gekündigt werden.

Englischer Erfolg über die Bolschewisten.

London, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Reuter meldet: Das britische Kriegsamt teilt mit, daß die kombinierten Land-, Luft- und Seestreitkräfte einen gelungenen Überfall auf die Stellungen der Bolschewisten bei dem Onegasee unternahmen. Der Hafen von Talwinsk wurde besetzt.

Aufhebung der Blockade gegen Ungarn.

Amsterdam, 7. Aug. Reuter meldet aus Paris: Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, die Blockade gegen Ungarn aufzuheben.

Die Rumänen in Budapest.

Wien, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) **Aus Budapest wird gemeldet:** Infolge einer Weisung des rumänischen Militärkommandos fordert der Oberstadthauptmann von Budapest die sämtlichen Kaufleute auf, als Zeichen der Wiederkehr des normalen Lebens ihre Geschäfte wieder offen zu halten. Das Kommando der rumänischen Truppen habe Verfügungen getroffen, daß Lebensmittel und Bedarfsartikel in genügender Menge nach Budapest gebracht würden, so daß in dieser Hinsicht die Lage sich in allernächster Zeit wesentlich bessern würde.

Der Prinz von Wales nach Kanada.

Amsterdam, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer drahtlosen Meldung aus London ist der Prinz von Wales gestern an Bord des Panzerschiffes „Renown" nach Kanada in den Vereinigten Staaten abgereist.

England will seine Heerführer ehren.

London, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Die englische Regierung hat im Unterhause den Antrag eingebracht, den verschiedenen englischen Anführern im Kriege Titel zu verleihen und Geldsummen zu schenken.

Die Forderungen der amerikanischen Eisenbahner.

New York, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer zuverlässigen Schätzung werden die von dem Eisenbahnpersonal verlangten Lohnerhöhungen einen Mehraufwand von 800 Millionen Dollar jährlich bedeuten, während die Einnahmen bereits um einige hundert Millionen unter dem von der Regierung garantierten Betrage zurückbleiben.

Ernste innere Lage in Amerika.

Washington, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Wie gemeldet wird, wird Präsident Wilson infolge der ernsten Lage im Innern der Vereinigten Staaten, die durch die Streiks und die Lebensmittelteuerung hervorgerufen ist, seine Propagandareise für den Friedensvertrag mit Deutschland und das amerikanisch-französische Garantieabkommen verschieben. Es wird dies eine erhebliche Verzögerung der Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Der erste Dampfer nach Argentinien.

Hamburg, 7. Aug. Am 25. August wird durch die Hamburger Firma Daniel Milberg als Vertreter der Johnson-Linie der Dampfer „Drottning Sofia" nach Buenos Aires abgefertigt werden. Es ist dies der erste Dampfer, der die Verbindung zwischen Hamburg und Argentinien wieder aufnimmt.

Was die Franzosen vorhatten.

Versailles, 7. Aug. Über den Generalbericht Barthous sagt u. a. „Laberté": Barthou habe trotz aller notwendigen Reserven dem Friedensvertrag zugestimmt. Hätte sich Clemenceau und Marschall Foch mit Deutschland allein befunden, wären die militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen anders ausgefallen.

Die Aburteilung des Kaisers erfolgt nach der Ratifizierung.

London, 7. Aug. (Reuter. Unterhaus.) In Erwiderung einer Anfrage sagte Bonar Law, die Alliierten hätten ihren Beschluß betr. des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren vor Ratifizierung des Friedensvertrags eingeleitet werden.

*

Der französische Generalbericht über den Friedensvertrag.

Versailles, 6. Aug. Der Friedensausschuß der französischen Kammer hörte gestern während drei Stunden den Generalbericht des Abg. Barthou an, der schließlich mit 30 gegen 2 Stimmen (Franklin Bouillon und Louis Marin) genehmigt wurde. Es haben also 28 Mitglieder des Ausschusses an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom Mord von Serajewo an und

macht für den Krieg Kaiser Wilhelm verantwortlich.

Der Bericht beschäftigt sich alsdann auch mit der Art der deutschen Kriegführung und wirft dem deutschen Generalstab vor,

er habe systematisch den Krieg in barbarischer Weise geführt,

durch Erschießen von Zivilpersonen, durch Tötung von Geiseln, durch Deportation von Zivilpersonen, durch Plünderungen, durch Abtransport von Frauen und jungen Mädchen, durch Beschießung von Spitälern und Lazaretten, durch den Gebrauch von giftigen Gasen und schließlich durch den Unterseebootkrieg. Aus diesen Gründen müssen die Schuldigen gemäß Artikel 231 und 227 des Friedensvertrages bestraft werden. Barthou stellt alsdann fest, welches befriedigende Ergebnis die Friedensverhandlungen hätten haben können, wenn die Regierung gemeinsam mit dem Parlament während der Verhandlungen die verschiedenen in Frage kommenden Gebiete eingehend besprochen hätte. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuwerfen sei, sei, daß er das Werk Bismarcks nicht zerstörte, im Gegenteil,

die deutsche Einheit sei vertieft

und durch den Vertrag formell anerkannt worden. Zu gleicher Zeit aber sei der Völkerbund gegründet worden. Er könne auf keinen Fall ein Äquivalent dafür bieten, daß man Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt habe, aber wenn er in seiner jetzigen Gestaltung nicht alle Hoffnungen erfüllen könne, sei das nicht die Schuld Frankreichs.

Übergehend zu den territorialen Fragen stellt Barthou fest, daß der Vertrag auf diesem Gebiet ein Werk des Rechts und der Gerechtigkeit sei. Der Vertrag schaffe einen Geist der Beruhigung, denn es gäbe jetzt keine Irredenta mehr. Was die finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln anbetrifft, so hebt der Bericht hervor, wenn auch die Kriegskosten nicht zurückverlangt werden können, so sichere der Vertrag doch die Wiedererstattung der Schäden, die Personen und Sachen zuteil geworden seien. Man müsse erwarten, daß die mit Frankreich alliirten und assoziierten Mächte sich stets dessen bewußt seien, was Frankreich geleistet habe.

Der Berichterstatter behandelt alsdann eingehend die Frage des linken Rheinufers in der Weise, wie sie Ministerpräsident Clemenceau in der vorigen Woche dem Friedensausschuß dargestellt hat. Er verweist auf eine Note der Regierung, die die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen und des Frankreich spontan angebotenen Bündnisvertrages mit England und Amerika auseinandersetzt.

Zum Schluß sagt Barthou: Der Vertrag von Versailles lasse, was seine Grundlage betreffe, eine gewisse Einheit vermissen und in der Form eine gewisse Klarheit. Was ihn auszeichne, sei, daß er den Nationen das Recht gibt, über sich selbst zu verfügen, daß er den preußischen Militarismus vernichtete den Völkerbund gründete und den niedergedrückten Völkern das Leben und die Unabhngigkeit wiedergäbe. Jetzt müßten seine Ausführungen überwacht werden, damit es Deutschland nicht mehr gelänge, wieder Schaden anzurichten.

Allem voran gehe die Sicherheit Frankreichs

und aus dem Ruin des preußischen Militarismus steige der Völkerbund mit der ganzen Kraft des Rechts empor. Was Frankreich betreffe, so habe der Vertrag einer schmerzlichen Ungerechtigkeit ein Ziel gesetzt und das Landesgebiet wieder hergestellt. Unter der Voraussetzung, daß die Alliierten wachsam und solidarisch bleiben, werde der Vertrag Früchte tragen. — Nach dem „Matin" soll die Besprechung in der Vollversammlung jedenfalls nicht vor dem 2. oder 3. September beginnen.

Zur Lage im Reiche.

Richtlinien der Ernährungspolitik.

Im Gegensatz zu den düsteren Prophezeiungen über die Zukunft der deutschen Ernährung vor der Ernte hat sich heausgestellt, daß diese Voraussagen sich glücklicherweise nicht bewahrheitet haben. Zum Teil mag diese Erscheinung auf das Aufhören der Feindseligkeiten zurückzuführen sein, zum nicht geringen Teil jedoch ist es eine Folge der Konsequenzen der weitausschauenden Politik, die Robert Schmidt als Reichsernährungsminister getrieben hat. Nach dem Antritt des Erbes Emanuel Wurms, der am 13. Februar 1919 erfolgte, machte sich Schmidt zunächst an die Aufgabe, unter allen Umständen eine Besserung der Ernährung herbeizuführen. Dies erfolgte zunächst durch die Erfassung der vorhandenen Lebensmittelpreise und die Hebung der Produktion. Für diese Arbeit zog Schmidt sowohl Konsumenten wie Produzenten erfolgreich zur positiven Mitarbeit heran, ohne sich bei seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik einseitig auf Prinzipien festzulegen. Bei allem Bemühen, die allgemeine Versorgung an lebenswichtigen Nahrungsmitteln sicherzustellen, wurden Schritte unternommen, die Zwangswirtschaft bei einer Reihe von Nahrungs- und Futtermitteln zu lockern.

Ein zweites wichtiges Mittel zur Besserung der Lebensmittelversorgung war die unter sachmännische Leitung gestellte Förderung der Einfuhr. Da die Verbindung mit den Neutralen zur Deckung des Defizits der deutschen Lebensmittelversorgung nicht ausreichte, wurden im Februar 1919 Verhandlungen mit den Alliierten wegen Überlassung von Lebensmitteln eingeleitet. Diese Verhandlungen führten zum Abschluß eines Vertrages, in dem Deutschland das Recht für den Ankauf von 300 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Fleisch monatlich zugestanden wurden. Eine seiner Hauptaufgaben erblickte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an in der Senkung der Lebensmittelpreise. Dies ist ihm durch die Bereitstellung von 1½ Milliarden Mark gelungen, die gemeinschaftlich durch das Reich und die Gemeinden zu übernehmen sind. Darüber hinaus aber gilt die Hauptsorge Schmidts der Vorbereitung eines allgemeinen Preisabbaues auf dem inländischen Markt, die in einer Störung des Schleichhandels erblickt wird. Auch zur Förderung der Produktion auf dem Wege der Reichsgesetzgebung sind vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131919O808-12/fragment/page=0001

Reichsernährungsministerium in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium die nötigen Schritte in die Wege geleitet worden. Alles in allem kann gesagt werden, daß es trotz aller Schwierigkeiten dem Reichsernährungsminister in dem letzten halben Jahre geglückt ist, die deutsche Volksernährung nicht nur vor dem Zusammenbruch zu bewahren, sondern so wesentlich zu bessern, daß sich die psychologischen Wirkungen dieses Umschwungs bereits auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens bemerkbar machen.

*

Ludendorff zum Weißbuche der Regierung.

Im „Berl. Lok.-Anz." befaßt sich General Ludendorff nochmals mit dem Weißbuch der Regierung, wobei er feststellt, daß die Akten der Obersten Heeresleitung und ihre Zuschriften an die Reichsleitung

nur teilweise in das Weißbuch aufgenommen

sind. Zum Beispiel erteilte in der Sitzung am 3. Oktober Generalfeldmarschall von Hindenburg auf die in Nr. 32 des Weißbuchs gestellte Frage (über ein Halten der Front jenseits der Grenze) bestimmte Antwort. Sie lautete: „Die Frage kann in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, nicht beantwortet werden. Das Halten der Front hängt von vielen Faktoren, u. a. davon ab, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seine Angriffe fortsetzt und wie sich dem gegenüber unsere Wiederstandsfähigkeit auf die Dauer erweist. Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest. Gezwungen wird es, von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an feindlichen Boden klammernd, ausweichen. Die Dauer der Rückwärtsbewegungen ist vorher nicht genau zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß das Heer bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen wird."

Ludendorff zieht dann noch einige weitere Fragen heran, die im Weißbuch nicht angeführt worden sind und fährt fort: „In der Besprechung vom 16. Oktober (Nr. 54 des Weißbuches) ist von einem Telegramm der Obersten Heeresleitung die Rede, das Staatssekretär Solf

„ein gefährliches Dokument"

nennt und das ihn zu der ungeheuerlichen Behauptung veranlaßt, es wäre ein Versuch der Obersten Heeresleitung, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Dieses Telegramm ist nicht abgedruckt.

Die Fragen, die Oberst von Haeften stellte, nämlich nach der Möglichkeit, Rußland zu räumen und ob das deutsche Volk weiter zu kämpfen gewillt sei, erklären diese schwerwiegende Beschuldigung um so weniger, als ich die Ladung von Generälen vor die Reichsministerien ablehnte, da ich hierin eine Minderung der Stellung des Obersten Kriegsherrn und der Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung erblickte. Noch war

das deutsche Heer kein Parlamentsheer.

Ein Erstaunen über die beiden Fragen des Obersten von Haeften war nicht gerechtfertigt, da die Frage der Räumung des Ostens bereits in der Sitzung vom 9. Oktober angeschnitten und die Frage des Weiterkämpfens mit dem Reichskanzler am 9. Oktober vor der Kabinettssitzung in meinem Gespräch mit ihm gestreift war. Hier kann ich nur feststellen, daß ein Dokument von größter Tragweite dem deutschen Volke vorenthalten und daß mit überraschender Leichtfertigkeit ein die Ehre eines Landes tiefverletzendes Urteil abgegeben wird.

Auch das Material, das die Reichsregierung selbst betrifft oder von ihr herrührt, fehlt teilweise, z. B. der Verlauf der Besprechung in Spa am 9. Oktober, ferner die sehr wichtige Niederschrift der Sitzung vom 19. Oktober, in der die gehobene Stimmung der Sitzung am 17. umgeworfen wurde. Besonders bedeutungsvoll ist für das deutsche Volk

die Mitwirkung des Grafen Wolff-Metternich

in dieser Sitzung, dem eine amtliche Eigenschaft kaum zugesprochen werden dürfte. Herr Solf scheint flink Hilfskräfte herangezogen zu haben, um die dritte Note durchzudrücken. Warum wird hierin kein Einblick gewährt?"

Ludendorff betont zum Schluß, daß er sich vorbehält, nochmals auf viele Fragen, die im Weißbuch angeschnitten werden, im einzelnen zurückzukommen. Es sei eine befremdliche Erscheinung, in amtlichen Büchern Sätze durch Sperrdruck hervorzuheben. Wenn es aber schon geschehe, dann dürften wichtige Stellen nicht im gewöhnlichen Druck verschwinden. Dann werde der Sperrdruck zu einer

Beeinflussung des Lesers.

Ich kann mich zum Schluß nicht enthalten, sagt Ludendorff, das Telephonat des Legationsrats von Lersner, zurzeit Vertreter des Deutschen Reiches in Versailles (Nr. 79 des Weißbuches), vor aller Welt niedriger zu hängen. Er nennt die tiefe vaterländische Erregung, die die Oberste Heeresleitung, den Generalfeldmarschall und mich nach Bekanntgabe der dritten Wilsonnote durchzitterte, „wild" und warnt auf das bringendste, uns Glauben zu schenken. Er behauptet, daß der größere Teil der Armee das Vertrauen zu uns verloren habe. So war in seinem Innern der Vertreter des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches beschaffen, mit dem die Oberste Heeresleitung während vieler Jahre zu arbeiten gezwungen war!

*

Die verzweifelte Lage der deutschen Industrie.

In der Vollversammlung der Dortmunder Handelskammer eröffnete die Besprechung der wirtschaftlichen und politischen Lage ernste Ausblicke über das Schicksal der Industrie. In den Hütten und Fabriken sind keine Kohlenvorräte vorhanden. Zum Teil sind große industrielle Werke auf Holz- und Torffeuerung angewiesen. Ferner macht sich ein sehr fühlbarer Wagenmangel bemerkbar. Für den Winter ist das Allerschlimmste zu befürchten. Angesichts der Verkürzung der Arbeitszeit und des Rückganges der Arbeitsleistung im Bergbau wären allein im Ruhrkohlenrevier mindestens weitere 150 000 Arbeiter erforderlich, um die letzte Friedensförderung zu erreichen. Die Einstellung einer solch großen Zahl von Leuten aber sei wegen Mangels an Wohnungen und technischen Schwierigkeiten in absehbarer Zeit nicht möglich. In der beabsichtigten Sozialisierung der Betriebe erblickt die Handelskammer nicht eine Hebung, sondern Erdrosselung des gesamten wirtschaftlichen Lebens.

Der Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenverteilung stellte fest, daß noch keine Besserung in der Kohlenversorgung eingetreten sei. Es könne weder an Deckung des laufenden Bedarfs, geschweige denn an die Eindeckung für den Winter gedacht werden. Die Ausfälle seien uneinholbar. Die Aussichten für rechtzeitige wirksame Förderungssteigerungen seien gering. All diese Feststellungen werden durch den Generaldirektor Bergrat Kleine völlig bestätigt.

Die Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Am Mittwoch vormittag begann im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer die schon angekündigte Kohlenkonferenz, in der Maßnahmen erörtert werden sollen, wodurch die drohende Kohlenkrisis vermieden werden könne. Es handelt sich in erster Reihe um die Frage, wie die Kohlenförderung im Ruhrrevier und in Oberschlesien gesteigert und die Transportfrage gelöst werden kann.

An der Konferenz nahmen Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanz-, des Reichsschatz-, des preußischen Handelsministeriums, des Ministeriums für Wohnungswesen, des Bochumer Bergarbeiterverbandes sowie verschiedener anderer Bergarbeiter-Organisationen, des Werkmeisterbundes, des Vereins für die bergbaulichen Interessen, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkenvereine und des Berg- und hüttenmännischen Vereins teil. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern.

Auch in Böhmen ungenügende Kohlenförderung.

In den nordböhmischen Kohlenrevieren Teplitz, Brüx und Komotau, aus denen nach den zwischen der sächsischen und tschechoslowakischen Regierung getroffenen Vereinbarungen auch Sachsen mit Kohlen versorgt werden soll, sind die Förderungen nach wie vor ungenügend und lassen für die kommende Versorgung Sachsens im Winterhalbjahr ernste Befürchtungen aufkommen. Dagegen ist in den Abfuhrverhältnissen eine Besserung eingetreten, dadurch, daß der Auslandsverkehr auf den böhmischen Braunkohlenwerken ausschließlich mit reichsdeutschen Wagen vorgenommen werden kann. Dadurch ist die Zufuhr zur Elbe lebhafter geworden, so daß Aussicht besteht, daß bei gutem Wasserstande ein ansehnlicher Teil der vereinbarten Auslandskontingente auf dem Wasserwege abtransportiert werden kann.

Zur kommenden schweren Kohlennot.

Konsul Marx, der Vorsitzende des Bürgerrats Großberlin, veröffentlicht im Berliner „8 Uhr-Abendblatt" einen Artikel über die Kohlenkatastrophe im Winter und sagt:

Am 28. Juli erließ der Reichskommissar für die Kohlenverteilung eine Verfügung, in der es bezüglich der Kohlenversorgung heißt: Die Lage für den kommenden Winter ist sehr ernst. Es ist eine eingehende Aufklärung aller Kreise dringend nötig. Diese Verfügung stützt sich auf den Vortrag eines ersten Fachmannes im Reichswirtschaftsministerium über die Kohlenlage. In der Presse beginnt man, dieser Anregung folgend, sich mit dieser für Leben und Industrie entscheidenden Frage hier und da zu beschäftigen, soweit die Erörterungen in Weimar und die Übertreibungen über die Ausdehnung der Streiks im Auslande dafür Raum übrig lassen.

Es wäre nicht unzweckmäßig, die Bevölkerung

auf den Ernst dieser Angelegenheit aufmerksam

zu machen. Die Kohlenversorgung ist die Grundfrage für alle industrielle Betätigung, wie für den nackten Lebensunterhalt, für Arbeit wie für die Zufuhren von Nahrungsmitteln. Die Arbeitsmöglichkeit in der Industrie, die Drescharbeit der Landwirtschaft, die Versorgung der Städte mit den notwendigen Lebensmitteln, alles dies wird bedingt durch die notwendige Zufuhr von Brennstoff. Diese Zufuhr ist für den kommenden Winter auf das höchste gefährdet. Bei Beginn des vorigen Winters waren etwa 5 Millionen Tonnen auf den Gruben vorrätig. Man war dadurch in der Lage, gefährliche Lücken in der Kohlenförderung auszufüllen. Diese Vorbedingung ist zurzeit nicht mehr vorhanden. Wir leben von der Hand in den Mund. Die Förderung ist infolge der Streiks stark verringert und durch die Folgen einer etwaigen weiteren mangelnden Leistung der Arbeiter weiterhin stark bedroht. An der Ruhr betrug die Förderung von Januar bis Mai 1919 nur 26 Millionen Tonnen gegen 42 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, in Oberschlesien 10 Millionen Tonnen gegen 18 Millionen Tonnen in der gleichen Periode. Ähnlich liegen die

Verhältnisse in der Braunkohlen- und Briketterzeugung,

also ein Sinken der Förderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um 40 Prozent. Wenn man zu dieser Sachlage noch die Tatsache hinzurechnet, daß die linksrheinischen Kohlengebiete, das Saargebiet, die Aachener und die Kölner Braunkohlengebiete für die Verfügung der rechtsrheinischen Gebiete fast vollständig ausscheiden, und wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß die Einfuhr aus Böhmen fast ganz aufgehört hat, so muß man notwendigerweise zu den

schlimmsten Befürchtungen für den kommenden Winter gelangen.

Ein lokaler Beweis: Die Berliner Gasanstalten gebrauchen pro Monat etwa 180 000 Tonnen Kohlen. Anfang Juli 1918 war ein Bestand von 150 000 Tonnen vorhanden, der bis Ende Oktober 1918 auf einen vollen Monatsbedarf erhöht werden konnte. Ende Juli d. J. war nur ein Bestand von 26 000 Tonnen vorhanden. Ähnlich liegen die

Verhältnisse in zahlreichen Gasanstalten

im Reich, am schlimmsten im Osten, wegen der großen Beförderungsstrecken und der mangelnden Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Was hat die Regierung dagegen getan, und was gedenkt sie dagegen zu tun? Durch ihre Auffassung, daß der Streik ein berechtigtes Kampfmittel der Arbeiterschaft sei, ein programmatischer Satz, den die jetzige Regierungspartei seit 50 Jahren vertreten hat, ist sie behindert, den Massen mit der erforderlichen Energie klarzumachen, daß der Streik in unserer Lage zu einer Vernichtung des Staates führen muß. Wenn sie auch die Streiks im Kohlenrevier vielleicht nicht begünstigt hat, so hat sie dieselben doch nicht verhindert. Der Monat April d. J. ist an der Ruhr fast gänzlich entfallen, die Arbeitsleistung des Einzelnen überall auf die Hälfte, zum Teil noch tiefer herabgegangen. Da die Regierung den Friedensvertrag unterschrieben hat, nach welchem wir

pro Jhar 40 Millionen Tonnen Kohlen in das Ausland zu liefern

verpflichtet sind, gedenkt die Regierung diesen Teil des Friedensvertrages auch nur anteilsweise für das laufende Jahr einzuhalten? Daß unter den obwaltenden Umständen der Export von Kohle nach dem Ausland unmöglich ist und daß damit die wichtigste Kompensation für die Einführung von Lebensmitteln aufhört, bedarf keiner Erörterung. Wiederum entsteht die Frage: Was gedenkt die Regierung hier zu tun? Daß infolge des Kohlenmangels und der gesunkenen Arbeitslust der Arbeitermassen die Herstellung von exportfertigen Fabrikaten in den einzelnen Industrien auf ein Minimum reduziert werden muß, ist selbstverständlich. Auch auf diesem Gebiet wird der Kompensationsexport für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fehlen. Was will die Regierung dagegen tun?

*

50 Millionen Mark zur Unterstützung des Wohnungsbauwesens.

Berlin, 7. Aug. Wie die „Pol. Parl. Nachr." an zuständiger Stelle erfahren, hat die preußische Staatsregierung den Antrag des Ministers für Volkswohlfahrt auf Bewilligung einer zweiten Rate von 50 Millionen Mark zur Unterstützung des Wohnungsbaues und zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit genehmigt.

Um die rheinische Republik.

Ein Aufruf des Aktionskomitees.

Köln, 6. Aug. Das Aktionskomitee für die freien Rheinlande beschloß, in der gesamten Presse des besetzten Gebietes einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem alle rheinischen Kreise aufgefordert werden, für die sofortige Volksabstimmung einzutreten, um einen Beweis darüber herbeizuführen, wie die Länder am Rhein innerhalb des Deutschen Reiches ihre Zukunft gestalten wollen. Der Aufruf betont ausdrücklich, daß man nicht Vorteile an Hab und Gut, nicht religiöse und parteipolitische Sonderinteressen erstrebe. Die errungenen politischen Freiheiten und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte sollten in einem rheinischen Gliedstaate im Verbande des Deutschen Reiches niemals gefährdet werden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Ein freies Rheinland im freien Deutschland.

Wie die „Voss. Ztg." aus Köln meldet, fand am Montag eine Versammlung zahlreicher, aus dem ganzen Rheinland, aus Hessen, Rheinhessen und der Pfalz zusammenberufenen Anhänger der Rheinischen Republik statt, deren Hauptergebnis die organisatorische Vereinigung der im besetzten Gebiet bestehenden und bisher getrennt arbeitenden Ausschüsse und die Schaffung eines Hauptaktionsausschusses mit dem Sitz in Köln war. Anwesend waren die bekannten Leiter der seinerzeit in Kölner Zentrumskreisen entstandenen Bewegung, aber auch zahlreiche Mitglieder anderer Parteien. Man wandte sich scharf gegen den Sperrfristparagraphen, der als eine „Beleidigung des rheinischen Volkes" bezeichnet wurde. Von allen Seiten, und vor allem von den Rednern aus Hessen und der Pfalz, wurde für äußerste Beschleunigung der Agitation „im Interesse des Deutschtums" eingetreten, das besonders in der Pfalz schwer bedroht erscheine und dessen Rettung nur durch Schaffung eines rheinischen Bundesstaates im Rahmen des Deutschen Reiches möglich ist. Es wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die am 4. August 1919 in der Bürgergesellschaft zu Köln zahlreich versammelten Frauen und Männer aus allen Teilen des besetzten Gebietes, die den verschiedensten Parteien angehören und hinter denen Millionen ihrer Mitbürger stehen, erheben Widerspruch gegen die Einführung einer Sperrfrist und werden nicht rasten noch ruhen, um Sturm zu laufen gegen diese ihren Willen entstandene Bestimmung. Sie verlangen sofortige Abstimmung über die Frage einer rheinischen Republik zur Klarstellung des Volkswillens."

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn stellt den Zinsentilgungsdienst ein.

Wien, 7. Aug. Nach einer Meldung des Wiener Korr.-Bur. aus Belgrad hat die Generaldirektion der Staatsschulden den ganzen Zinsentilgungsdienst aller Vorkriegs- und Kriegsschulden der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zur völkerrechtlichen Ordnung der Rechtsfragen eingestellt.

Die Lage in Ungarn.

Die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen.

Wie aus Pest gemeldet wird, sind der ungarischen Regierung die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen unterbreitet worden. Rumänien verlangt Herabsetzung der ungarischen Armee auf 15 000 Mann, Stillegung der Munitionsfabriken und Übergabe des Heeresgeräts, Auslieferung von 50 v. H. des Eisenbahnmaterials, Abgabe von 30 v. H. der landwirtschaftlichen Maschinen, sowie von ca. 30 v. H. des Rindviehbestandes, 10 000 Wagen Mais und 35 000 Wagen anderen Getreides. Die Unterhaltung der rumänischen Besatzungsarmee geht zu Lasten Ungarns. Diese Bedingungen müssen widerspruchslos bis zum 15. August, 2 Uhr nachts, angenommen werden.

Die ungarische Regierung, die sich gestern in einem Ministerrat mit den rumänischen Waffenstillstandsbedingungen beschäftigte, beschloß, sich angesichts der unerfüllbaren Bedingungen an die Alliierten zu wenden. Gemäß diesem Beschluß wurden die rumänischen Forderungen dem englischen General Gordon in Abschrift zur Kenntnisnahme überreicht mit dem Bemerken, daß die ungarische Regierung nicht in der Lage sei, diese Bedingungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde ersuche sie die alliierten Regierungen, das Schiedsrichteramt zu übernehmen und aus eigenem Ermessen eine Entscheidung zu treffen.

Ungarische Kronanwärter.

Wien, 6. Aug. Wie die Mittagpresse meldet, wurden gestern abend bis in die späten Nachtstunden Verhandlungen seitens der beteiligten Parteien in Budapest geführt, an denen von seiten der Engländer General Gordon und Kapitän Freeman, von italienischer Seite Prinz Borghese, von ungarischer Seite Peidl, Payer und Houbrich teilnahmen. Um 8 Uhr begaben sich General Gordon und Prinz Borghese zum rumänischen Oberkommando und verhandelten dort. Die Rumänen sollen bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt, ganz Ungarn besetzen werden. In Budapest werden für den bevorstehenden Einzug des Königs Ferdinand Vorbereitungen getroffen. Die roten Fahnen und die ungarischen Nationalfarben verschwinden. Es wehen überall die rumänischen Farben. Die Erbitterung der Budapester Bevölkerung ist in fortwährendem Steigen begriffen, doch kann sie infolge der strengen Maßnahmen der Rumänen nicht zum Ausbruch kommen. Als Reaktion auf alle die Erschütterungen, die Ungarn in der letzten Zeit durchgemacht hat, macht sich in Budapest eine immer stärker werdende monarchistische Bewegung fühlbar. In vielen Kreisen wird die Wiedererrichtung der Monarchie in Betracht gezogen. Es werden dabei eine Anzahl von Kronanwärtern genannt. Eine Partei wünscht den König Karl, eine andere Partei will den Erzherzog Joseph als künftiges Oberhaupt wählen. Eine dritte Partei zielt nach England und nennt den Herzog von Cumberland, und schließlich möchte eine Gruppe dem König Ferdinand von Rumänien den Thron anbieten.

Der Umschwung in Ungarn.

Budapest, 7. Aug. (Ungar. Korr.-Büro.) Gestern um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidium General Schnetzer, der Polizei-Oberinspektor Wolkenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates D. Fritz und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Scillery und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzudanken mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung, zu demissionieren. Die Ententemission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Äußern wurde General Tanczos, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schnetzer betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Mission ender Ententemächte hielten abermals eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen wurden. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission, Clemenceau, und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort verständigt.

Der Streik in England.

London, 7. August. (Reuter. Unterhaus.) Shortt gab bekannt, daß keine weiteren Polizisten sich dem Streik in Liverpool angeschlossen hätten. Die Lage in dieser Stadt sei unverändert. Die Regierung hätte den örtlichen Behörden jede Unterstützung zuteil werden lassen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bürger zu schützen. Es seien erfolglose Versuche gemacht worden, die Docks in Brand zu stecken.

Deutschland.

— **Statthalter a. D. v. Dallwitz †.** Der frühere kaiserliche Statthalter von Elsaß-Lothringen, Dr. v. Dallwitz, ist nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren in Karlsruhe gestorben, während er bei dem preußischen Oberpräsidenten a. D. v. Bülow auf Besuch weilte.

— **Hindenburg winkt ab.** Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beruht die Nachricht, daß der Feldmarschall v. Hindenburg in der Deutschnationalen Volkspartei eine führende Rolle übernehmen wolle, auf einem Irrtum.

— **Regierungsmaßnahmen gegen den Zwischenhandel.** Das Reichsernährungsamt hat in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Aktion eingeleitet, um den wilden Handel im Rheinland zu unterbinden und die Lebensmittel selber aufzukaufen, da keine andere Möglichkeit vorhanden ist, gegen den Zwischenhandel, der sich in der letzten Zeit entwickelt hat, zu kämpfen.

*

Die künftige deutsche Heeresverwaltung.

Berlin, 7. Aug. Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verwaltungsbefugnisse und Kommandogewalt steht den Gliedstaaten nicht mehr zu. Bis zum 1. Oktober werden die Ministerien der Gliedstaaten und der geeigneten sonstigen Militärbehörden in Reichswehrstellen umgewandelt werden. An die Spitze der preußischen Reichswehrstelle tritt bis auf weiteres der bisherige preußische Kriegsminister Oberst Reinhardt, für Bayern ist Generalleutnant Burghardt vorgesehen, für Sachsen Generalmajor Oldershausen und für Württemberg Oberstleutnant Willwarth.

Verhandlungen über die Abstempelung der Banknoten.

Berlin, 7. Aug. Die Verhandlungen, die das Reichsfinanzministerium mit führenden Bankfachmännern eingeleitet hat, um eine Form zu finden, in der die Banknotenabstempelung vor sich gehen könne, ohne daß dadurch dem Wirtschaftsleben des Staates während der Zeit des Überganges allzusehr Schaden zugefügt wird, nehmen einen ziemlich raschen Verlauf, da man im Reichsfinanzministerium der Ansicht ist, daß man mit der Banknotenabstempelung nun, da man sie beschlossen habe, nicht zögern dürfe, wenn die Wirkung, die man sich von ihr versprochen hat, nicht verloren gehen soll. Der Zeitpunkt der Banknotenabstempelung steht noch nicht fest. Die Stempelung, da sie ein Vorläufer der Vermögensabgabe ist, wird noch in diesem Jahre erfolgen.

Schutz der Koalitionsfreiheit gegen Terror.

Der „Regulator", die Wochenschrift des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (H.-D.), schreibt:

Die mit uns verbündeten deutschen Gewerkschaften in Österreich leiden unter demselben Terrorismus wie wir. Jetzt hat der Landtagsabg. Dr. Riehl in Wien dem Parlament einen Gesetzentwurf überreicht, durch den jeder Organisationszwang verhindert werden soll:

§ 1. Für jeden deutsch-österreichischen Staatsbürger besteht die volle Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Alle einschränkenden Bestimmungen, insbesondere durch die Beschränkung des Koalitionsrechtes, sind aufgehoben, soweit sie nicht durch dieses Gesetz und die bestehenden und noch zu beschließenden Normen des Vereinsgesetzes festgelegt werden. Jeder deutsch-österreichische Staatsangehörige kann sich demnach einer seiner politischen wirtschaftlichen oder kulturellen Anschauung entsprechenden Vereinigung von Gesinnungs- oder Berufsgenossen nach freier Wahl anschließen. Die Ausübung jeden Zwanges zum Beitritt zu einer Vereinigung oder des Verbotes der Mitgliedschaft durch Nötigung jeder Art, insbesondere Androhung durch Entlassung wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Vereinigung (Organisation) sind verboten und ungültig.

§ 2. Insbesondere ist ein Unternehmer, der einen Druck dieser Art auf mehrere oder einzelne Arbeiter ausübt, mit Geldbuße von 100 bis 100 Kr., im Nichtbeibringungsfalle mit Arrest von einem bis zwanzig Tagen zu bestrafen, soweit nicht das Strafgesetz ein höheres Strafmaß zuläßt.

§ 3. Ebenso unterliegt jede andere Nötigung im Sinne des § 1 durch Arbeitskameraden, Sachverwalter oder Angehörige von Vereinigungen und überhaupt jedermann, sei es durch körperliche oder wirtschaftliche Androhung von Zwang und Schädigung jeder Art, demselben Strafsatz.

§ 4. Unter den Begriff und die Strafandrohung des § 2 fallen insbesondere auch Androhung von Arbeitseinstellung oder sonstige Schädigung des Arbeitgebers, um diesen zur Ausübung eines Zwanges mehrerer Arbeitnehmer wegen Beitritt oder Nichtbeitritt zu bestimmten Vereinigungen oder einer politischen Partei zu veranlassen. Führt ein solcher Zwang zur Entlassung des betreffenden Arbeitnehmers, so ist das Strafausmaß gegen die Urheber nicht unter 14 Tagen zu bemessen.

§ 5. Die Entlassung eines Arbeiters wegen seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Vereinigung ist ungültig, wenn der Entlassene diesen Grund der Entlassung durch Beweismittel im Sinne der Zivilprozeßordnung darzutun in der Lage ist, und zwar auch dann, wenn bei der Entlassung selbst nicht dieser Grund angeführt wurde. Der Anspruch des Entlassenen auf Schadenersatz ist im Zivilrechtswege auszutragen, haftbar sind der Unternehmer und jeder Dritte, auch Vereine und deren Ehrenmitglieder solidarisch.

§ 6. Jedes zum Beitritt in eine Vereinigung genötigte Mitglied hat vom Tage der Kundmachung dieses Gesetzes an das Recht, seine Mitgliedschaft sofort zu kündigen und die Rückzahlung aller bisher geleisteten Beiträge im Zivilrechtswege gegen die mit Zwang vorgehende Vereinigung selbst, deren Vorstandsmitglieder und schuldige Vereinsmitglieder geltend zu machen. Dieser Anspruch besteht sowohl gegen die Hauptleitung als auch gegen die Ortsgruppen der betr. Organisationen.

§ 7. Die Bestimmungen des Strafgesetzes über Erpressung finden bei den im Strafgesetze vorgesehenen besonders erschwerenden Umständen auch auf Delikte der Art dieses Gesetzes Anwendung.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verlautbarung in Wirksamkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0002
DFG

Billiger Patriotismus.

Es hat von jeher zu den Gepflogenheiten der alldeutsch-konservativen Presse gehört, das System aristokratischer Herrschafts- und Wirtschaftsgelüste unter einem Schwall patriotischer Worte zu verdecken und die Öffentlichkeit über die wahren Beweggründe der wahren Junkerpolitik zu täuschen. Mit Vorliebe ging man sogar im politischen Kampf dazu über, alle, die diese verderbliche Politik nicht unterstützen wollen, als patriotisch minderwertig hinzustellen, die eigenen Anhänger aber als die edelsten und besten Patrioten zu bezeichnen. Dieses Spiel, das sattsam bekannt, und oft genug als niedrige Verleumdung und Verdächtigung entlarvt worden ist, setzt die deutschnationale Presse getreulich fort. Man hat ja auch nur den Namen gewechselt, System und politische Eigenschaften sind dieselben geblieben.

Besonders in der letzten Zeit ist dieses Treiben wieder zu einer ständigen Waffe der deutschnationalen Presse geworden. Ertappt man einen der deutschnationalen Redner auf einer politischen Unwahrheit und einer ungehörigen Verdächtigung Andersdenkender, sofort holt die deutschnationale Presse das vielfach geflickte patriotische Mäntelchen hervor, deckt es über sich und den Sünder und verdächtigt nun dreist darauf los, in der Hoffnung, daß der Gegner schweigt und so doch etwas hängen bleibt. So ging kürzlich erst wieder die Behauptung durch die deutschnationale Presse, daß die Linksparteien des alten Reichstages bei der Durchführung der großen Wehrvorlage 1913 versagt hätten und infolgedessen unsere Front in dem großen Völkerringen nicht über die nötige Stärke verfügen konnte. Die Rechtsparteien dagegen hätten gewarnt und gewarnt, aber man habe nicht auf sie gehört.

Wie liegt denn nun die Sache in Wirklichkeit? Die 1913 eingebrachte große Wehrvorlage wurde in ihrem vollen Umfange, wie sie der Kriegsminister vertrat, von allen Parteien des alten Reichstages angenommen. Als es nun aber darauf ankam, für die bewilligten Neuformationen auch die nötige finanzielle Deckung zu beschaffen und mit Recht gefordert wurde, daß die ungeheuren Lasten nicht wieder allein durch indirekte Steuern, sondern auch durch eine Steuer auf den Besitz aufgebracht werden müßten, was geschah da? Da versagten die angeblich so patriotisch gesinnten Alldeutschen und Konservativen und lehnten die Deckungsmittel für die Heeresvorlage ab. Die ganze Vorlage wäre also an dem Widerstande der Konservativen gescheitert — denn was nutzte der Regierung die Bewilligung, wenn sie nicht auch die Möglichkeit hätte, die Kosten bezahlen zu können — wenn nicht die Linksparteien der Regierung diese Möglichkeit durch Annahme der Besitzsteuern verschafft hätten.

Das ist ein treffendes Beispiel dafür, wie die Herren Alldeutschen und Konservativen — heute Deutschnationale — ihre patriotische Pflicht auffassen. Patriotismus, jawohl! Davon kann man in Worten nicht genug bekommen. Geht es aber an's Bezahlen, dann zeigen die Herren den Rücken. Genau so hat man es ja auch früher schon wiederholt getrieben. Die Drohung „Kein Kanitz — keine Kähne" ist in der politischen Entwickelungsgeschichte unseres Vaterlandes noch nicht ausgelöscht. Die alldeutsche Presse war es, die am 30. Oktober 1899 ganz offen die Zustimmung der Agrarier zum Flottenplane von der Bewilligung höherer Getreidezölle abhängig machte, und so die Politik zu einem Schachergeschäft zu erniedrigen versuchte. Einer der „Edelsten" war es ferner, den man beschuldigte, an die Mitglieder anderer Fraktionen bei der Flottenvorlage herangetreten zu sein und die Worte gebraucht zu haben: „Wenn wir nur erst einmal die gräßliche Flotte weg hätten. Sehen Sie nur, daß Sie möglichst viele Mitglieder Ihrer Fraktion gegen die Flotte kriegen." — Mit Worten schärfster Entrüstung stellte auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim seinerzeit ausdrücklich fest, daß ein „Bündlerführer" gegen die Flotte gehetzt und ihn persönlich aufgefordert hätte, dafür einzutreten, daß die elende Flottenpolitik zum Scheitern käme.

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Sie zeigen deutlich, von welcher Beschaffenheit der Patriotismus, von dem die deutschnationale Presse so hohe Töne redet, in Wahrheit beschaffen ist. Das ist nichts anderes als Patriotismus gegen Bezahlung, der versagt, wenn er nicht die geforderte finanzielle Gegenleistung bekommt oder wenn es an die eigene Tasche geht. Und das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Gerade in diesen Kreisen hätte man also alle Ursache, an die eigenen Sünden zu denken. Und die deutschnationale Presse sollte endlich einsehen, daß politische Tatsachen durch Entstellungen nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Merseburg und Umgegend.

7. August.

** **Neue Zugeinschränkungen vom 15. August ab** sind vom Eisenbahnminister im Hinblick auf die wachsende Kohlennot angeordnet. Nach einem neuerdings ergangenen Ministerialerlaß kommen in erster Linie für die Einschränkung die Züge in Betracht, die mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans am 1. Juli neu aufgenommen werden konnten. Der Ausfall wird vor allen die Schnellzüge betreffen. Aber auch eine Einschränkung der Personenzüge dürfte sich nicht umgehen lassen. Der Zwang, den notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten, wird auch dazu nötigen, wieder den Sonntagsverkehr zu beschränken, wie dies schon früher geschehen ist. Da endlich die bleibenden Züge den gesamten Verkehr bewältigen müssen, so müssen die weniger notwendigen Wagen aus den Zügen entfernt werden. Es fallen deshalb wohl auch Schlaf- und Speisewagen wiederum weg. Der Umfang der Einschränkungen im einzelnen hängt von der Betriebslage ab.

** **Die Stadtverordnetenversammlung** hält am kommenden Montag, 11. August, keine Sitzung ab.

** **Die zweite Fettkarte für landwirtschaftliche Arbeiter**, die der Magistrat seinerzeit ausgab, ist sofort dort zurückzugeben, da die Reichsfettstelle die Wochenfettmenge für die Bevölkerung gleichmäßig auf 100 Gramm festgesetzt hat.

** **Über eine neue Zucker-Sonderausgabe** liefen unkontrollierbare Gerüchte um. Nach Erkundigung an zuständiger Stelle ist die Stadt leider nicht in der Lage, dieses Gerücht in Wahrheit umzusetzen, solange der Stadt von der Reichsstelle hierfür keine Zuckermengen geliefert werden. Die Stadt hat ihre Ersparnisse ausgegeben.

** **Über den Abbau der Preise für die Rauchwaren** wird uns von fachmännischer Seite berichtet: Es besteht begründete Aussicht auf einen Abbau der gegenwärtigen, fast unerschwinglichen Zigarrenpreise. Wenn auch eine völlig freie Einfuhr des Rohtabaks aus mehrfachen Gründen nicht möglich ist, so wurden doch vom Reichswirtschaftsamt 30 Prozent der Friedenseinfuhr zugestanden und man hofft zuversichtlich, daß sich durch Verhandlungen der Prozentsatz auf 40 bis 45 steigern lassen wird. Sicherem Vernehmen nach sind bereits auf von uns gecharterten Dampfern große Mengen von Tabak in Europa angelangt und im August steht die Verteilung einer in Holland bereits angekauften größeren Menge Tabak durch die Detag an die Zigarrenfabriken in Aussicht. Die Zigarrenfabriken werden dadurch in die Lage versetzt, ihre Fabrikation wieder in erhöhtem Maße aufzunehmen und die Händler besser zu beliefern. Allmählich dürfte sich dann auch die Konkurrenz wieder fühlbar machen und zum Abbau der Preise beitragen. Aber auch die Qualität, und die ließ in letzter Zeit trotz der hohen Preise sehr zu wünschen übrig, wird sich nach dem Eintreffen ausländischen Tabaks zweifellos heben, so daß wir uns der Hoffnung hingeben können, zu Weihnachten nicht nur eine billigere, sondern auch eine bessere Zigarre spenden zu können.

** **Arbeitgeber als Steuererheber.** Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Steuerzahlung stößt trotz der gestiegenen Löhne vielfach auf ernstliche Schwierigkeiten. Vielfach ist die Annahme verbreitet, daß seit den Novemberereignissen das Steuerzahlen nicht mehr zwingend ist, besonders haben sich jüngere Pflichtige der Steuerzahlung entzogen. Durch diese Lockerung der Steuerpflicht haben sich wesentliche Nachteile ergeben und es ist nunmehr die Anregung gegeben worden, im Wege eines Notgesetzes die Arbeitgeber zu verpflichten, den steuerlichen Arbeitern und Angestellten wöchentlich und monatlich Abzüge von Lohn und Gehalt zur Deckung der Steuern zu machen. Derselbe Gedanke soll auch in der Reichseinkommensteuer verwirklicht werden und zwar scheint hier beabsichtigt zu sein, dem Arbeitgeber eine gewisse Verpflichtung für die Steuerzahlung der Arbeiter und Angestellten aufzuerlegen. Die Frage ist von weittragender Bedeutung; den Arbeitgeber zum Steuererheber zu bestellen, würde für die Verwaltung zwar eine erhebliche Erleichterung bedeuten, den Arbeitgeber aber dafür ungeheuer belasten und ihn in unabsehbare Kämpfe mit der Arbeiterschaft verwickeln.

** **Der sächsisch-thüringische Brauereiverein** hat eine Erhöhung des Flaschenpfandes auf 30 ₰ je Flasche und 1 ℳ Pfand je Flaschenkasten in Kraft gesetzt. Die bedeutend höheren Preise für Flaschen, Verschlüsse, Gummiringe, Flaschenkasten usw. haben es unmöglich gemacht, Flaschenbiere und Limonaden zu den bisherigen Bedingungen weiter zu verkaufen.

** **Die leuchtend gelbe Farbe der deutschen Postwagen** hat nach dem Willen des Reichspostministers Giesberts einer nüchternen grauen Platz machen müssen. Ob aus Mangel an gelbem Lack, ob aus Sparsamkeitsrücksichten oder um die seit dem Krieg übrig gebliebenen Lacktöpfe zu leeren, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß Herr Giesberts einer alten Tradition, die nicht erst aus der Zeit der „Kaiserlich" deutschen Post stammt, mit dem Malerpinsel zu Leibe gegangen ist. Schon die alten Thurn- und Taxisschen Postkutschen im 17. Jahrhundert wurden gelb angestrichen. Die gelbe Farbe hatte aber auch ihren Vorteil. Sie zog aller Augen auf sich und wurde zur Schutzfarbe. Die gelben Wagen auf der Straße standen sozusagen unter öffentlicher Aufsicht, und mancher, der sich unberufen an dem Postwagen zu schaffen machte, ist dank der auffallend gelben Farbe ertappt worden. Ob das Gelb für unsere Tage nun noch praktisch war oder nicht, Herr Giesberts hat die gelben Postwagen aus unserem Straßenbilde hinweglackiert und damit wieder ein Stück Volksromantik vernichtet.

** **Die Eisenbahndiebstähle** bilden jetzt leider eine stehende Rubrik in allen Zeitungen. Dieser Tage fand ein hiesiger Kaufmann in einer Kiste, die für 2600 ℳ Zigarren bester Sorte enthalten sollte, noch einen Rest von — 55 Stück. Alles übrige war geraubt. Einem anderen hiesigen Firmeninhaber fehlten an einer Sendung 7 Kistchen zu je 100 Stück. Da die Kisten selbst vorhanden waren, kann es sich in beiden Fällen nur um Diebstähle handeln, die während des Transports von Leuten ausgeführt worden sind, die in den betr. Güterwagen zu tun hatten. Die Eisenbahnbehörden scheinen Untersuchungen über diese Diebereien gar nicht mehr anzustellen. Den Bestellern erwächst trotz der Ersatzpflicht der Eisenbahn ein erheblicher Schaden, da ihnen der ganze Verdienst an dieser Ware verloren geht.

** **Arbeitgeberverband für Merseburg und Umgegend.** Wir machen darauf aufmerksam, daß der jetzt zu vereinbarende Tarifvertrag mit den kaufmännischen Angestellten durch Beschluß des Reichsarbeitsamts Wirksamkeit für alle kaufmännischen Betriebe erlangen wird, mögen sie dem Arbeitgeberverband angeschlossen sein oder nicht. Wer also unserer Organisation fernbleibt, ist von der Mitwirkung am Vertrage ausgeschlossen, diesem aber trotzdem künftig unterworfen. Die endgültige Beschlußfassung findet Sonnabend den 9. August, abends 8 Uhr in Müllers Hotel statt. Anmeldungen werden auch in dieser Versammlung noch entgegen genommen.

** **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wir bringen in Erinnerung, daß die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse bei Verlust des Anrechts bis spätestens Freitag den 8. d. Mts., abends 6 Uhr, zu erfolgen hat.

** **Tivoli-Theater.** Wie bereits mitgeteilt, findet am Freitag zum Benefiz von Kapellmeister Leo Simonsohn eine Aufführung der großen Offenbachschen Operette „Die schöne Helena" statt. Die Orchesterbegleitung wird von dem vollen Philharmonischen Orchester Merseburg ausgeführt und kann somit ein hochkünstlerischer Genuß in Aussicht gestellt werden. Sonntag findet eine Wiederholung der Operette „Die schöne Helena" statt.

*

Richtpreise.

Die Preisgestaltung für Obst hat infolge der [illegible] übermäßigen Preisforderungen an verschiedenen Orten zu Gewalttätigkeiten geführt. Zur Vermeidung derartiger Vorgänge, die sich, da immer mehr Gegenstände des täglichen Gebrauchs dem freien Handel überlassen werden, leicht auch bei anderen Lebensmitteln wiederholen könnten, ist es notwendig, daß die Preisprüfungsstellen von ihren Befugnissen zur Erzielung einer angemessenen Preisbildung Gebrauch machen. Die Preisprüfungsstellen sind zu diesem Zwecke geschaffen. Es sind den Gemeinden dafür weitgehende Machtbefugnisse erteilt worden, und die Preisprüfungsstellen sind in der Lage, für die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, also vor allem für alle Nahrungs- und Genußmittel, Angemessenheitspreise (Richtpreise) aufzustellen.

Durch die Aufstellung von Richtpreisen ist besagt, daß in allen Fällen, in denen sie überschritten werden, die Vermutung einer übermäßigen Preissteigerung vorliegt, wenn der Hersteller oder Händler nicht ganz besondere Unkosten nachweisen kann, die das übliche Maß übersteigen. Die Strafverfolgungsbehörden sind angewiesen, bei Überschreitung der Angemessenheitspreise wegen Preiswuchers nach der Verordnung wegen Preistreibereien vom 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 395) einzuschreiten.

Den Herstellern und Händlern, die, soweit sie zu den ehrlichen Handelskreisen gehören, an der Bekämpfung der Preisauswüchse das gleiche Interesse haben wie die Verbraucher, wird empfohlen, sich wegen der Festsetzung von Richtpreisen mit den zuständigen Landes- und Bezirkspreisprüfungsstellen oder den für die einzelnen Warenarten maßgebenden Preisfestsetzungsbehörden ins Benehmen zu setzen.

Der Reichsernährungsminister hat die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, die Strafverfolgungsbehörden, Wucherdezernate usw. auf diese Bestimmungen hinzuweisen, mit dem Bemerken, nach Aufstellung von Richtpreisen bei ungerechtfertigten Überschreitungen der als angemessen erachteten Preise nachdrücklich einzuschreiten. Die Preisprüfungsstellen sind vom Reichsernährungsminister aufgefordert worden, bei allen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs, die im Laufe der kommenden Wirtschaftsperiode von Reichshöchstpreisen freigelassen werden, durch Aufstellung von Richtpreisen und andere Überwachungsmaßnahmen auf angemessene Preisbildung hinzuwirken.

*

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet und den Ententeländern.

Über die bestehenden Verkehrsmöglichkeiten wird von den Handelskammern folgendes mitgeteilt: Der Eisenbahngüterverkehr nach den besetzten Gebieten ist vollkommen frei. Verboten ist lediglich die Einfuhr von Waffen und Kriegsmaterial. Der Verkehr wickelt sich nach wie vor über die bisherigen Übergangsstellen ab.

Der Verkehr durch das besetzte Gebiet von und nach Holland, Luxemburg und den Ententeländern (einschl. Elsaß-Lothringen) ist ohne besondere Genehmigung unter der Voraussetzung zugelassen, daß Aus- bezw. Einfuhrverbote der betr. Länder nicht entgegenstehen. Die innerhalb Deutschlands bestehenden Verkehrsbeschränkungen allgemeiner Art gelten naturgemäß auch für den Verkehr mit den besetzten Gebieten.

Für den Postverkehr gelten folgende Bestimmungen: Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind die bisherigen Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr von Waren in Paketen, mit Ausnahme von Waffen und Kriegsmaterial aufgehoben. Wertpakete bis 100 ℳ sind zugelassen. Nach der Rheinpfalz und den übrigen von den Franzosen besetzten Rheingebieten (ausgenommen Elsaß-Lothringen und Brückenkopfgebiet von Kehl) sind gewöhnliche, eingeschriebene und Wertpakete bis 25 Kg. Gewicht, ohne und mit Nachnahme bis zu 100 ℳ für folgende Waren zugelassen: Lebens- und Futtermittel, Produkte und Häute von Tieren, Sämereien, Maschinenteile, für die Industrie notwendige Rohstoffe, Akten, Pakete an Buchhandlungen durch Vermittlung der Bürgermeistereien, mit Schul- und Wörterbüchern, wissenschaftlichen Werken und Büchern, die vor dem 1. August 1914 gedruckt sind, schließlich leeres Verpackungsmaterial. Die Wertangabe ist nur bei Paketen mit Geld und Wertpapieren gestattet. Zeitungen werden nicht zugelassen.

Nach der belgischen Zone können gewöhnliche, eingeschriebene und Wertpakete bis 25 Kg. ohne und mit Nachnahme bis 100 ℳ versandt werden. Für die Einfuhr von Büchern und sonstigen Druckwerken gelten auch weiterhin die erlassenen Sonderbestimmungen. Für die amerikanische Zone sind bis jetzt neue Bestimmungen nicht erlassen worden.

Hinsichtlich des Briefverkehrs nach den besetzten Rheinlanden hat sich nichts geändert.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika werden gewöhnliche offene Briefe und Postkarten auf Gefahr des Absenders bei den Postanstalten angenommen.

Der Telegrammverkehr mit Amerika und England ist eröffnet worden.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Freitag, 8. August.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen je nach Anlieferung.

Freibank: Für die Ordn.-Nr. 3001—3150 von 8—10 Uhr vorm.
½ Pfd. amerikan. Weizenmehl (Quittung Nr. 24),
½ Pfd. Teigwaren (Quittung Nr. 25),
¼ Pfd. Kartoffelmehl (Quittung Nr. 26),
½ Pfd. Kunsthonig (Quittung Nr. 27),
1 Dose Gulasch (Quittung Nr. 28) in den Lebensmittel-Geschäften vom Donnerstag bis Sonnabend.

Städtischer Obstverkauf für Lebensmittelhefte Nr. 2401—3750, Abschnitt Nr. 99, je Haushalt ein Pfund in den Verkaufsstellen Rauch, Speiser, Bergmann, Hesse, Brauer, Schumann, Jünger, Vogel und Sieger am Sonnabend von 10 Uhr vorm. ab. Anmeldung von Bezugschein Nr. 93 (nicht 95) auf Fischkonserven für die Haushalte mit 5, 6, 7 und mehr Personen.

§ **Dürrenberg**, 6. Aug. Eine Zigeunerbande mit 5 Wagen, die die hiesige Gegend in den letzten Tagen unsicher machte und bereits in Tollwitz Gelddiebstähle ausgeführt hat, wurde gestern früh auf Veranlassung des Gendarmerie-Wachtmeisters Hoffmannn unter Aufgebot der Gendarmerie-Stationen Lützen, Kötzschau und Porbitz in Kauern festgenommen und dem hiesigen Amtsvorsteher zugeführt. Da die Bande ohne Gewerbescheine war, mußte sie hier für Gewerbesteuer und Strafe 900 ℳ auspacken. Alsdann wurde die ganze Bande nach Merseburg abgeschoben und ein seit 1918 sich bei ihr befindlicher 18jähriger Weißenfelser Bursche dem Amtsgericht übergeben. Wie der Gendarmerie gemeldet wurde, befindet sich eine weitere größere Zigeunerbande mit za. 15 Wagen auf dem Marsche nach hiesiger Gegend. Dieselbe kommt von Burtstädt, wo großer Markt stattgefunden hat.

§ **Porbitz**, 7. Aug. Die Zentrale für Heimatdienst veranstaltet am Freitag-Abend im Gasthof „Kronprinz" hier einen öffentlichen Vortragsabend, in welchem Former Paul Tömmel-Halle über „Die Aufgaben der Arbeiterräte" sprechen wird. An den Vortrag schließt sich eine freie Aussprache.

§ **Schweßwitz**, 7. Aug. Zum Schutz der Feldfrüchte hat die Gemeindevertretung folgendes angeordnet: Das Ährenlesen, Betreten der Felder, sowie der Feldwege in Flur Schweßwitz ist vormittags von 6—11 Uhr, nachmittags von 1—6 Uhr erlaubt. Fremde Personen müssen Erlaubnis des Besitzers vorzeigen.

§ **Gröbers**, 6. Aug. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde im Osteschen Gasthofe hier ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher, die mit großer Dreistigkeit zu Werke gingen, töteten zuerst den sich im Hofe befindlichen großen Wachhund, drangen dann in Wohnräume und Keller ein und stahlen sämtliche Vorräte an Lebens- und Genußmitteln sowie alle vorhandenen Geschäftsvorräte. Die Geschädigten erleiden einen Verlust von mehreren tausend Mark. Sofort eingeleitete Nachforschungen sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Mücheln und Umgegend.

7. August.

⁑ **Mücheln**, 6. Aug. Über die dieswöchige Fleischausgabe gibt der Kreisausschuß folgendes bekannt: Zwecks dringender Schonung der stark gelichteten Viehbestände kommt in der laufenden Woche Frischfleisch nicht zur Ausgabe. Als Ersatz hierfür wird Auslandsfleisch (gesalzener Schweineschinken) zur Ausgabe gelangen, und zwar auf eine Fleischmarke für Erwachsene 125 Gramm und auf eine Fleischmarke für Kinder 62½ Gramm. Der für das Auslandsfleisch zu zahlende Preis beträgt 4,20 ℳ für das Pfund.

⁑ **Mücheln**, 6. Aug. Bezüglich der Kleinhandelshöchstpreise für Butter hat der Kreisausschuß Querfurt folgendes angeordnet: Der Preis für die Butter bei der Abgabe an den Verbraucher durch die Fettverkaufsstellen (Kleinhandelspreis) darf bei Molkereibutter 6,00 ℳ für das Pfund nicht übersteigen. Für jedes an die Versorgungsberechtigten zur Verteilung gekommene Pfund Butter haben die Polizeibezirksfettstellen 22 ₰ von den Butterverkaufsstellen einzuziehen und nach Abzug von je 3 ₰ pro Pfund, die ihnen zur Deckung von Fracht-, Transport und Verpackungskosten verbleiben, allmonatlich bis zum 3. des nächsten Monats an die Kreisfettstelle in Querfurt zur Deckung von Verwaltungskosten des Kreisausschusses und der Kreisfettstelle einzusenden.

⁑ **Querfurt**, 6. Aug. Für den Umfang des Kreises Querfurt sind folgende Kleinhandelshöchstpreise für Milch je Liter festgesetzt worden: 1. Beim Verkauf durch den Erzeuger (Kuhhalter) a) ab Hof für Vollmilch 60 ₰ und für Mager- oder Buttermilch 28 ₰; b) für besonders bearbeitete Vollmilch, z. B. Kindermilch und sogenannte Flaschenmilch usw. ab Hof 62 ₰. 2. Beim Verkauf durch Milchhändler oder Molkereien: a) ab Laden oder Molkerei für Vollmilch 68 ₰ und für Mager- oder Buttermilch 30 ₰; b) für besonders bearbeitete Vollmilch, z. B. Kinder- oder Flaschenmilch ab Laden oder Molkerei 70 ₰.

Wetterwarte.

V. W. am 8. August (Freitag): Teils heiteres, teils wolkiges, mäßig warmes, windiges Wetter mit etwas Regen. 9. August (Sonnabend): Wechselnd bewölktes, in der Temperatur nicht wesentlich verändertes Wetter, mit mehr Regen östlich der Elbe, sonst mäßige Regenfälle.

Sport und Leibesübungen.

Turnen. Zu dem am Sonntag den 3. August vom Männer-Turnverein in Erfurt auf dessen prächtig gelegenem Waldspielplatz veranstalteten zweiten „Völkischen Bergturnen" hatte auch der hiesige Männer-Turnverein 4 Wetturner entsendet. Im ganzen beteiligten sich za. 500 Turner aus 70 deutschen Städten an den Wettkämpfen. Die Turner waren in drei Gruppen geteilt und zwar turnten in der Oberstufe A: Turner unter 35 Jahren, Oberstufe B: Turner über 35 Jahre und in der Unterstufe: Turner unter 18 Jahren. Für letztere bestand der Wettkampf in 100-Meter-Lauf, Weithochspringen, Kugelstoßen und einer Pflichtfreiübung. Die Mindestpunktzahl war auf 45 festgesetzt. Von den hiesigen 4 jugendlichen Wetturnern errangen in der Unterstufe Arno Dorn mit 61 P. den 9. Preis, Karl Körner mit 48 P. den 22. und Kurt Künze mit 45 P. den 25. Preis. Wenn man in Rechnung zieht, daß zu diesem Turnen zum überwiegenden Teile Turner aus größeren Vereinen vertreten waren, so ist dieser Erfolg für die hiesigen jugendlichen Wettkämpfer als auch für den Männer-Turnverein ein schönes Ergebnis, auf welches beide Teile stolz sein können. H.

Union-Charlottenburg : V. f. B. Mit einem hochwertigen Gegner eröffnet die Ligamannschaft der Bewegungsspieler die neue Spielzeit. Man darf über den Ausgang des Spieles gespannt sein, rechnet man doch Union zu den besten der Berliner Ligamannschaften. Auch unsere Heimischen dürften recht überraschen, indem sie durch mehrere neue Gesichter in ihrer Mannschaft wesentlich verstärkt sind. Genannte Umstände dürften das Interesse des Spieles bedeutend erhöhen. Im voraus ist zweifelsohne die Gewähr eines hochinteressanten, spannenden Kampfes gegeben.

Handel und Verkehr.

= **Preiserhöhungen für Zinkbleche und Bleifabrikate.** Die Vereinigung deutscher Zinkblechwalzwerke hat mit sofortiger Gültigkeit eine Erhöhung der Verkaufspreise um 35 ℳ auf 265 ℳ per Doppelzentner Frachtgrundlage Oberhausen oder Morgenroth (Oberschlesien) vorgenommen. — Die Verkaufsstelle für gepreßte und gewalzte Bleifabrikate erhöhte mit sofortiger Gültigkeit die Verkaufspreise um 20 ℳ auf 196 ℳ per Doppelzentner Frachtgrundlage Köln.

Literatur, Kunst und Wissenschaft

Notstandsarbeiten für Künstler. Der Haushaltsausschuß von Halle bewilligte auf Antrag der Halleschen Künstlergruppe 100 000 ℳ zur Stärkung des Kunstfonds. Aus den Kreisen der Halleschen Künstler soll ein Ausschuß gebildet werden, der geeignete Vorschläge für künstlerische Notstandsarbeiten beraten und dem Stadtparlament vorlegen soll.

Richard Wagner wieder in Paris. Wie „Bon Soir" meldet, ist in Paris im Tuilerien-Park zum ersten Male wieder Wagner gespielt worden. Eine ungeheure Menge lauschte der Ouvertüre zu den Meistersingern und spendete großen Beifall.

Vermischtes.

* **Der Kampf gegen das Schiebertum.** Das Reichsverwertungsamt hat den Kampf gegen das Schiebertum mit der größten Tatkraft aufgenommen. In den letzten Monaten sind in den Großberliner Gemeinden über 100 Fälle von Schiebungen aller Art aufgedeckt worden. Daraus ergaben sich bisher rund 200 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft. Bis jetzt ist es, wie halbamtlich mitgeteilt wird, gelungen, aus der Erfassung dieser Schiebungen für 35 Millionen ℳ veruntreutes Heeresgut dem Reiche wieder zu beschaffen. Vor einiger Zeit wurde eine ganze Anzahl von größeren Geschäftsleuten von mehreren Schiebern, die angaben, daß sie Zucker zu verkaufen hätten, um erhebliche Geldsummen geprellt. Die Betrüger sind nun festgenommen. Der Haupttäter ist der Drogist Kurt Sorgenfrei, der das Geschäft einleitete und der Kaufmann Fischer, der die Sache weiterleitete. Der Kaufmann Focks, der mit Fischer zusammenarbeitete, ist flüchtig geworden.

* **Der Eisenbahnverkehr mit Dänemark.** Eine amtliche Mitteilung der dänischen Eisenbahnverwaltung sagt, daß vom 5. August ab die Eisenbahnverbindung mit Deutschland über Gjädser-Warnemünde mit dem 9 Uhr 28 Min. vormittags von Kopenhagen abgehenden Schnellzug stattfindet, der am gleichen Tage abends um 9 Uhr 52 Min. in Berlin und 9 Uhr 14 Min. in Hamburg eintrifft. Die deutsche Fähre „Friedrich Franz" machte gestern eine Probefahrt von Warnemünde nach Gjädser und trat nach 1½ stündigem Aufenthalt die Rückreise nach Warnemünde an.

Verantwortlich für die Redaktion Franz Rößner, für den Anzeigenteil Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Silberhochzeit **danken wir herzlich.**

Gustav Müller und Frau.

Stadtverordnetenversammlg.

Montag, den 11. August 1919

keine Sitzung.

Merseburg, den 7. Aug. 1919.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
I 2781/19. Junker.

Fischkonserven

werden auf Bezugschein und Quittung Nr. **93** (nicht 95) abgegeben.

Merseburg, den 7. Aug. 1919.
Das städt. Lebensmittelamt.
Zu L A II 2303/19.

Junge männliche oder weibliche Hilfskraft

für das Lebensmittelamt gesucht. Vorkenntnis in Buchführung erwünscht. Schriftliche Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an

Magistrat
der Stadt Merseburg.
I 2780/19.

Preuß.-Süddeutsche Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse hat bis Freitag, den 8. d. M., abends 6 Uhr zu erfolgen. Kauflose noch vorrätig.
Hallesche Str. 25.

Acker-Verpachtung.

Sonnabend, den 9. August d. J., nachmittags 5 Uhr findet im **Böhmeschen** Gasthaus zu **Göhlitzsch** die Verpachtung von za. **30 Morgen Acker**, dem Herrn Gutsbesitzer Hellmuth daselbst gehörig, in den einzelnen Plänen auf 6 hintereinander folgende Jahre, öffentlich meistbietend statt.
Bedingungen im Termin.
Albert Franke, Auktionator.

Schlafstelle offen
Rosenthal 16.

Brautpaar sucht zum 1. 10.
Wohnung, St., K. u. K.
Offerten unter **381** an die Exp.

3–4-Zimmer-Wohnung m. Zub.
zu mieten gesucht. Vermittlung erbeten. Off. unt. **383** a. d. Exp.

Wer vermietet Brautpaar
3—4-Zimmer-Wohnung
in Merseburg oder Nähe? Evtl. tausche Wohnung in Erfurt dafür ein. Offert. unt. **347** a. d. Exp.

Seminarist sucht Zimmer mit voller Pension.
Offerten unter **380** an die Exp.

Bess. Professionist,
36 J., sucht zum 9. oder 11. 8. Schlafstelle evtl. mit Mittagstisch. Off. mit Preisang. unter **377** an die Exped. d. Bl.

Schlafstelle sucht
alleinst. Wtw., 53 J., m. Verm., bei einer mögl. alleinst. Frau. Spätere Heirat nicht ausgeschl. Off. u. **378** an die Exp. d. Bl.

Kleineres Wohnhaus
in **Weißenfels**, Nähe der Bahn gelegen, zu verkaufen.
Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Land-Gasthof oder gutgehende Gastwirtschaft
zu kaufen, evtl. zu pachten gesucht. Offert. unter **Nr. 362** an die Exped. d. Bl.

Kl. Bäckerei-Grundstück
mit Garten, auch stillieg., **suche zu kaufen.** Hohe Anz. Offert. unter **U. J. 1052** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.** erbeten.

Mark 25000 u. 40000 sind auszuleihen. Näheres bei
R. Wiegand, Mälzerstr. 8.

Reithose, neu,
verkauft **Neumarkt 49, 2 Tr.**

Damenschnürschuhe (neu), Größe 38, zu verkaufen
Kleiststraße 10, 1 Tr. r.

---

1 Paar **Damen-Halbschuhe** Gr. 41 gegen 39 umzutauschen
Burgstraße 1.

---

1 Paar schwarze Damenstiefel
Größe 38 (neu) zu verkaufen
Weißenfelser Str. 18, 1 Tr.

Damenstiefel Gr. 38, Chevreaux, **Helles Kleid**, für junge Dame passend, billig zu verkaufen. Wo, sagt die Exp.

/ Kinderbett /
zu verkaufen **Sixtiberg 27.**

Für die uns zur Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir herzlichen Dank.

Merseburg, den 7. August 1919.

Liesel Wiemann.
Karl Wilke.

Fettversorgung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Nachdem die Reichsfettstelle die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Wochenfettmenge vom 1. August 1919 ab bis auf weiteres allgemein auf 100 Gramm festgesetzt hat, wird unsere Anordnung vom 7. Mai 1919 L A II 812/19, betreffend die Fettversorgung der Arbeiter in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben (veröffentlicht in Nr. 100 des Merseburger Korrespondenten vom 10. Mai 1919 und in Nr. 99 des Merseburger Tageblattes vom 10. Mai 1919), hiermit aufgehoben.

Die bisher an landwirtschaftliche Arbeiter ausgegebene zweite Fettkarte ist, soweit noch nicht geschehen, sofort zurückzugeben.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
L A II 2214/19. **Der Magistrat.**

Städtischer Obstverkauf

beginnt Ende dieser Woche in nachstehenden Verkaufsstellen:

1. Rauch, Markt;	6. Brauer, Sand;
2. Speiser, Breite Straße;	7. Schumann, Unter-Altenb.;
3. Bergmann, Gotthardtstr.;	8. Jünger, Lindenstraße;
4. Hesse, Neumarkt;	9. Vogel, Roßmarkt;
5. Lintzel, Clobikauer Str.;	10. Steger, Weißenfelser Str.

Die Ausgabe erfolgt, soweit der Vorrat reicht, nur gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes und zwar an Haushalte bis zu 3 Personen bis auf weiteres 1 Pfd., an Haushalte von 4 und mehr Personen 2 Pfd. Obst.

Die Preise werden vorläufig festgesetzt für das Pfund:

Aepfel	50 Pfennig
Birnen	45 „
Fallobst . . .	25 „

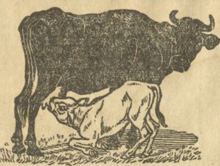
Die Abgabe erfolgt erstmalig am **Sonnabend, den 9. d. M., vormittags von 10 Uhr ab,** auf Abschnitt 99 der Lebensmittelhefte Nr. 2401—3750, 1 Pfd. auf den Haushalt.

Merseburg, den 7 August 1919.
L A II 2306/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 8. August d. J.

vorm. von 8—9 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 3001—3075
vorm. von 9—10 Uhr auf die Ordnungsnummern 3076—3150 statt.

Merseburg, den 7. August 1919.
Das städtische Lebensmittelamt.



In **sehr grß Auswahl** trafen wieder **beste hochtragende u. frischmelkende**

Kühe und **Kalben**

Ostfries. u. Breitenburger Rasse, **bei uns ein.**

Gustav Daniel & Co., Weißenfels a. S.
Vieh- und Pferdegeschäft. — Fernsprecher 57.

- Neues aus Altem! -

Aus selbstgebrachten Stoffresten bekommen Sie **hochelegante Straßenschuhe, Ballschuhe, Hausschuhe und Pantoffeln angefertigt in der Tuchschuhfabrik Eckhardts Nachf.,**
— **Halle a. S.**, Neumarktstraße 3 und 4. —

Arbeitgeberverband
für Merseburg u. Umgegend.

Wir laden unsere Mitglieder zur endgültigen

Beschlußfassung über den Tarifvertrag mit den Angestellten

auf

Sonnabend, den 9. August 1919, abends 8 Uhr

in Müllers Hotel ein.

Der Vorstand.
R. Dietrich. Dr. Rademacher. Klare.

Achtung! Landwirte u. Pferdebesitzer!

Pferde, Esel und Fohlen zum Schlachten kauft jederzeit jeden Posten zu den höchsten Preisen

Franz Vogel, Groß-Roßschlächterei
Radewell-Ammendorf, Fernspr. 58, Hauptstr. 16.
Bei **Notschlachtungen**, Beinbrüchen usw. hole ich die Tiere allerorts schnellstens ab.

Grüne **Plüsch-Tischdecke**, 6 m neuer, weißer **Drellstoff**, schwarzer **Anzug** (mittl. Figur) preiswert zu verkaufen
Hälterstraße 19, Hausmann.

Koburg. Waschmaschine gut erhalten, preisw. zu verkauf.
Frl. Zimmermann, Schkopau, Gartenstadt.

Ein Fahrrad
zu verkaufen. Prima Friedensgestell. **Fehse, Weiße Mauer 38.**

2thürig. Kleiderschrank
zu verkaufen
Loth, Neumarkt 19.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. liefb. Preisl. umf. H.&F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Gebrauchtes russisches Billard
verkauft **Atzendorf Nr. 11.**

Brennholz erhält, wer Grünfutter oder Küchenabfälle bringt.
Sand 34.

---

3 Stück 14 Wochen alte
Kaninchen,
eine **Druckmaschine**, für Vereine passend, eine alte **eiserne Bettstelle** und ein **Handkoffer** zu verkaufen. **Hallesche Str. 84.**

Guterhaltener Geldschrank zu kaufen gesucht.
Angebote unter **A S R 376** an die Expedition dfs. Blattes

Auswärt. Villenbesitzer wünscht für seine Sammlung
antike Oelgemälde
zu kaufen. Angebote unter **350** an die Exped. d. Blattes.

Spiegel
zu kaufen gesucht. Größe ungefähr 60×160. Offerten mit Preis unter **Nr. 375** a. d. Exp.

Ia. geräucherte Lachs-Heringe
empfiehlt
Emil Wolff.

Kümmel
gibt ab
Albert Schmidt, Kriegsdorf.

Grünkohl-, Kohlrabi-, Salat-, Kohlrüben-, Endivien-Pflanzen, sowie **frisch. Gurken, Tomaten, Kohlrabi und Rhabarber**
empfiehlt
Trebst, Gärtnerei,
Nordstraße.

Frischer Schellfisch
eingetroffen bei
Emil Wolff.

Kautabak!
Der alte gute Stift ist wieder eingetroffen.

Rauchtabak!
Rippen zum Selberschneiden, sowie reiner Blättertabak.

Zigaretten!
in bekannter Güte en gros und en detail bei
Fritz Hennig, Zigarrengesch.
Neumarkt 23.

Reparaturen in Installation
an Gas und Wasser, Klosett, Badeeinrichtung und alle in mein Fach schlagende Arbeiten werden billig ausgeführt.
Rudolf Seydel, Kupferschmied, Sixtiberg 5.

Invalide sucht leichte Beschäftigung. Offerten unter **379** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Junges Mädchen,
welches Schneidern erlernt hat, **sucht Stellung**, am liebsten als Kindermädchen. Zu erfr. i. d. Exp.

Arbeitsburschen
gesucht. **Gaißer**, Dammstraße.

Cinophon-Theater
Gr. Ritterstr. 1 ∴ Fernruf 215

Ab Freitag bis Montag:

* **Gunnar Tolnäs** *
in:

Er, der Herrlichste!!
Lustspiel in 4 Akten.

Staatsanwalt Jordan
Drama in 5 Akten
nach dem berühmten Roman
von **Hans Land.**
In der Hauptrolle **Eva May.**

Außerdem ein gut gewähltes Beiprogramm!

Sonntag ab 3 Uhr:
Jugend-Vorstellung!

Turnverein „Rothstein“

Sonntag, den 10. August, im **„Casino“**

grosses Sommer-Fest!

Von nachmittags 3 Uhr an:
KONZERT!!!
Verlosung : Preisschießen : Preiskegeln
∴ **Kinderpolonaise!** ∴

Von abends 7 Uhr an:
SOMMERNACHTS-BALL!!!
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

I. Schrebergärten-Verein „Nord“
:—: :—: e. V. :—: :—:

Sonntag, den 10. August, von nachm. 3 Uhr,

Garten- u. Sommerfest

in seinem Grundstück an der **Nordstraße.** Dortselbst auf dem Spielplatz **Konzert, Spiele und Reigen der Kinder, Tombola, Preisschießen und Kegeln Abends Illumination und Lampionzug.** — Freunde und Gönner sind hierdurch herzlich eingeladen. Kinder nur in Begleitung. Eingang nur Nordstrasse.
:—: :—: **Der Vorstand.** :—: :—:

Marine-Verein
der Ost- und Nordseestation Merseburg.
Freitag, den 8. August, abends 8 Uhr,
Monats-Versammlung
im Vereinslokal „Bergschlößchen“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.
Der Vorstand.

Wer hat Lust
eine **Annahmestelle f. eleg. Straßenschuhe, Hausschuhe und Pantoffeln aus vom Käufer selbst gegebenen Stoffen zu übernehmen.**
Tuchschuhfabr. Eckhardts Nachf., Halle a. S., Neumarktstr. 3 u. 4

Wir suchen für unsere Betriebswerkstätten zur sofortigen Einstellung einige ältere, selbständige **Handwerker**, vorwiegend tüchtige

Feuerschmiede u. Schlosser

denen an dauernder Beschäftigung gelegen ist.
Bennaer Kohlenwerke.

Maurer und Bauarbeiter
für unsere **Baustelle Groß-Kayna sofort gesucht. Zu melden auf der Baustelle in Groß-Kayna** beim Polier **Rothmann.** **Döring & Lehrmann, Akt.-Ges. f. Bergw.-, Erd- u. Bauarbeiten. Halle a. S.**

Landschaftsgärtner,
welcher auch im Obst- und Gemüsegeschäft mit tätig
— sein muß, stellt für dauernd ein —
Richard Schumann, Lauchstedter Straße 21.

Hofarbeiter
gesucht
Th. Groke. A.-G.

Maler oder Lackierer
stellt ein (auch als Nebenarbeit). Zu melden
Neumarkt 23, im Laden.

Tücht. Zimmerer
werden eingestellt
H. Schmidt, Baugeschäft
Moltkestraße 25.

Pförtner
von einer Fabrik zum sofortigen Antritt **gesucht.** Gediente Militärs oder Kriegsbeschädigte bevorzugt. Offerten unter **Nr. 371** an die Expedition d. Bl.

Jüng. Bäckergeselle
zum 12. 8. gesucht.
Osk. Trommler, Schmale Str. 27

Geschirrführer
wird sofort gesucht
L. Weniger, Oberbreitestr. 5.

Junge Mädchen
als Lernende für sofort verlangt
J. Hagen
Putz — Entenplan 9, 2 Tr.

Zeitungs-Austrägerin
für 2 mal täglich sofort gesucht
Gotthardtstraße 2.

Jüngere Mamsell
sucht
Rittergut Wallendorf
bei Merseburg.

Wegen Verheir. m. jetzig. suche per 1. 9. oder 1. 10. 19
tüchtige, erfahrene Köchin.
Angebote bezw. Vorstellung an
Frau Direktor Wagner, Runstedt, Station Frankleben bei Merseburg.

Eine Aufwartung
mit Beköstigung wird für sofort gesucht **Lindenstraße 8.**

Aufwartung
gesucht. Zu erfragen
Burgstraße 13 part.

Aufwartung für vorm. gesucht.
Dammstraße 6.

Aufwartung gesucht **Dammstr. 1.**

15jährigs Mädchen als **Aufwartung** gesucht. Offerten unt. **Nr. 382** an die Exped.

Junges Mädchen
oder **unabhängige Frau** als Aufwartung für Vormittags gesucht **Ölgrube 9, 1 Tr.**

Lebensmittelheft und -Marken
auf den Namen **Dörrer** verlor. Abzugeb. in der Exped.

---

1 Kohlenkarte, auf den Namen **Joh. Föhse** lautend, verloren. Bitte abzug. **Vorwerk 10, part.**

---

4 Fettmarken
Nr. 2026—2029 verloren. Bitte abzugeben **Blumenthalstr. 8.**

Kleine graue Katze
tigerfarbig, **entlaufen.** Bitte abzugeben bei
Karl Höfer, Markt 8.

Achtung!
Diejenige Person, welche vor 12 Tagen mein Heuseil an der Feldscheune gefunden hat, bitte ich, dasselbe gegen hohe Belohnung binnen 8 Tagen abzugeben, da die Person erkannt ist, sonst werde ich gerichtl. einschreiten.
Gottlob Däne, Pretzsch.

Warnung.
In meinen Gemüsefeldern liegen seit heute
Selbstschüsse und Explosiv-Giftbomben.
Roggenthien.

Warnung!
In meinem Garten habe ich **Fußangeln und Selbstschüsse** gelegt. **Reinhold Schröter, Naundorf.**

Warnung!

Wir machen hierdurch bekannt, daß die vor unserer Fabrik lagernden Holzschälspäne nur zum Abholen für unsere Arbeiterschaft bestimmt sind, nicht für fremde Leute. Diejenigen, die nicht zu unserer Arbeiterschaft gehören und derartige Späne wegnehmen, machen sich des Diebstahls schuldig, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

/ / **Königsmühle Merseburg.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 175 — Freitag, den 8. August 1919 — 46. Jahrg.

Deutschland.

— **Zu viel Pensionierungsgesuche der Staatsbeamten.** Die Verordnung der preußischen Staatsregierung vom 26. Februar, wonach Staatsbeamte, die infolge Umgestaltung des Staatswesens ihre Dienste nicht mehr ausüben wollen, nach Vollendung des 10. Dienstjahres bis zum 31. Dezember 1920 mit 54/60 ihres pensionsfähigen Ruhegehalts zu pensionieren sind, hat so viele Pensionierungsgesuche zur Folge gehabt, daß die Staatsregierung jetzt eine einschränkende Anweisung erlassen hat. Danach wird, wie der „Lok.-Anz." jetzt mitteilt, dem Pensionierungsantrag nicht stattgegeben, wenn unter Berücksichtigung der dienstlichen Tätigkeit und Stellung des Beamten die Annahme berechtigt ist, daß der Antrag nicht durch Umgestaltung des Staatswesens veranlaßt ist. Dieser Rücktrittsgrund wird nach Ansicht der Regierung in der Hauptsache nur auf höhere Beamte zutreffen, insoweit sie ein politisches Amt ausüben.

— **Um den Wiedereintritt der Demokraten in das Kabinett** sorgt sich jetzt die Zentrumsparlamentskorrespondenz. Sie erfährt, die demokratische Fraktion habe sich am Freitag in einer Fraktionssitzung mit der Frage ihres Wiedereintritts in das Kabinett beschäftigt und sei zu dem Beschluß gekommen, daß die gegenwärtigen Zeitverhältnisse für einen Wiedereintritt der Demokraten in das Kabinett nicht geeignet seien. „Wir möchten, so fügt die Zentrumsparlamentskorrespondenz hinzu, nicht verfehlen, hinzuzufügen, daß sich die Demokraten in dieser Auffassung mit der der beiden Mehrheitsparteien durchaus im Einklange befinden. Ob und wann ein Wiedereintritt der Demokraten in das Kabinett tunlich ist, darüber zu reden wird erst später der Zeitpunkt gekommen sein." — Wir halten es für recht überflüssig, daß man sich in Zentrumskreisen um diese Frage jetzt schon beunruhigt. Die Haltung der Fraktion dazu ist doch jüngst auf dem großen Berliner Parteitag ganz klar dahin festgelegt worden, daß man in Ruhe abwarten werde, ob die Reichsleitung mit einem derartigen Vorschlag kommen werde. Das ist bisher nicht der Fall gewesen und deshalb sind alle Erörterungen über Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeit zum mindesten verfrüht. Überdies erklärt das Regierungsorgan, die „Deutsche Allgem. Ztg.", in ihrer Sonnabend-Abendausgabe bei Erwähnung dieser Gerüchte: „Wie wir erfahren, beabsichtigt die Regierung nicht, irgendwelche Schritte zu tun, um die Demokraten wieder in die Reihe der Regierungsparteien hineinzuziehen.

Rechnungslegung der A.- und S.-Räte.

Die demokratischen Abgg. Schiffer, Hartmann-Berlin, Koch, Nuschke, Dr. Petersen haben in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht:

Nach der Verordnung über das Finanzgebahren der Arbeiter- und Soldatenräte vom 13. Januar 1919 (RGBl. S. 37) haben die Arbeiter- und Soldatenräte bis spätestens 31. Januar 1919 über ihre sämtlichen Einnahmen und Ausgaben unter Erläuterung der Herkunft der Geldmittel Rechnung zu legen. Die Verpflichtung zur Rechnungslegung erstreckt sich auch auf alle Verfügungen über Verpflegungs-, Bekleidungs-, Geräte- und Materialienbestände. Für unzulässige Ausgaben und Verfügungen haften die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, soweit sie nachweislich schuldhaft gehandelt haben.

Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, welches Ergebnis diese Rechnungslegungen gehabt haben und in welchem Umfange die Haftbarkeit einzelner Mitglieder eingetreten ist?

Vier sozialdemokratische Landräte.

Schritt für Schritt sucht die herrschende sozialdemokratische Mehrheitspartei in der Provinz Sachsen die höheren Verwaltungsämter mit ihren Anhängern zu besetzen. Dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten in Magdeburg folgen jetzt die Landräte. Im Kreise Neuhaldensleben, den er bereits kommissarisch verwaltet hat, wurde der Buchdrucker Fischer als Landrat von der Regierung bestätigt, in den Kreisen Kalbe und Wolmirstedt wurden die Gewerkschaftsbeamten Bergmann und Böttcher als solche neu eingesetzt. Ein weiterer Gewerkschaftsbeamter Hahn wird als künftiger Landrat von Wanzleben genannt, nachdem der jetzige veranlaßt wurde, vor kurzem um seinen Abschied einzukommen.

Gegen die Kapitalabwanderung.

Die Vorlage über die neuen Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung mit den Anlagen ist der Nationalversammlung zugegangen. Nach dieser Vorlage dürfen auf Reichs- oder ausländische Währung lautende Zahlungsmittel nur durch die Vermittlung von Banken nach dem Auslande versandt oder überbracht werden. Zahlungsmittel sind alle Geldsorten, Papiergeld, Banknoten usw., auch Anweisungen, Schecks und Wechsel. Als Banken im Sinne des Gesetzes gelten auch Sparkassen, sowie auch Personen und Unternehmungen, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankiergeschäfte betreiben. Banken dürfen Aufträge, wonach Zahlungsmittel nach dem Auslande versandt oder überbracht, oder für einen Ausländer in Verwahrung genommen werden sollen, nur ausführen, wenn der Auftraggeber eine Erklärung nach einem vorgeschriebenen Muster in dreifacher Ausfertigung einreicht. Die Banken haben eine Ausfertigung dieser Erklärung binnen einer Woche an das für ihre Niederlassung zuständige Besitzsteueramt weiterzugeben. Auf den Postanweisungs-, Postscheck-, Postnachnahme- und Postauftragverkehr finden die Vorschriften keine Anwendung. Der Reichsfinanzminister kann weitere Ausnahmen zulassen. Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung zum Zwecke des Erwerbes von Wertpapieren dürfen gegenüber einem Ausländer nur mit der Einwilligung der Reichsbank eingegangen werden. Einem Ausländer darf ein auf Reichswährung lautender Kredit nur mit Einwilligung der Reichsbank eingeräumt werden. Der Einwilligung unterliegt nicht die Verlängerung der bereits vor dem Inkrafttreten dieses Beschlusses eingeräumten Kredite.

Der Städtetag und die Finanzpläne des Reiches.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth traten am Mittwoch in Berlin die Vorstände des preußischen und des deutschen Städtetages zusammen, um zu den Finanzplänen des Reiches, soweit sie bisher bekannt geworden sind, Stellung zu nehmen. Anwesend waren u. a. die Oberbürgermeister von Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Münster, Saarbrücken und Stettin, ferner Vertreter des bayerischen Städteverbandes und der Vereinigung der Finanzdezernenten der preußischen und deutschen Städte. In Würdigung der schweren finanziellen Notlage des Reiches billigten die Vorstände beider Städtetage grundsätzlich die Einführung der Reichseinkommensteuer. Sie beschlossen jedoch, unverzüglich eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, welche die Regierung um eine eingehende Darlegung ihrer finanziellen Pläne ersuchen und bei der Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen der Nationalversammlung die Interessen der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Steuerwesens zur Geltung bringen soll, besonders in der Richtung, daß den Städten die Berechtigung zur Erhebung selbständiger Einkommensteuer-Zuschläge erhalten bleibt und daß ihnen daneben weitere Steuerquellen zum eigenen Ausbau überlassen werden.

Deutschnationale Selbsterkenntnis.

Der deutschnationale Abgeordnete für den Bezirk Merseburg, Rektor Hermann in Friedersdorf bei Bitterfeld, hielt kürzlich in Jessen (Anhalt) eine Rede, in der er nach der deutschnationalen Presse u. a. folgendes ausführte:

Wer hat den Zusammenbruch verschuldet? Wir selbst. Bei Ausbruch des Krieges haben alle Parteiführer dem Kaiser durch Handschlag gelobt, allen inneren Zwist zu vergessen und bis zum guten Ende auszuhalten. Bis zum Jahre 1916 haben die Parteien ihr Versprechen gehalten. Da begann der innere Parteihader von neuem. Hätten wir nur noch zwei Monate ausgehalten, dann hätten wir den Krieg gewonnen. Die Sozialdemokraten sind international, das Zentrum wird vom Papste in Rom regiert, die Demokraten von den nichtdeutschen jüdischen Geldleuten. Wir müssen deutsch denken, die Partei nicht über das Vaterland stellen, das Pflichtgefühl stärken und die christliche Lebensanschauung hochhalten. Das sind die Ziele der deutschnationalen Volkspartei. Die deutschnationale Volkspartei ist die Partei der Zukunft.

Daß Herr Hermann sich bei jeder Gelegenheit als wütender Antisemit bekennt, kann nicht wunder nehmen. Er hat darin schon manches Stücklein geleistet. Um so mehr muß es aber Erstaunen erregen, daß er über die Ursachen des Zusammenbruchs so ungeschminkt die Wahrheit bekennt. Denn mit den Worten „Wir selbst" kann er doch in erster Linie nur sich selbst und seine deutschnationalen Freunde gemeint haben. Hoffentlich wird diese Selbsterkenntnis nicht wieder dadurch abgeschwächt, daß sie nachträglich als „Entgleisung" bezeichnet wird.

Koalitionsfreiheit oder Koalitionszwang!

Aus Gewerkvereinskreisen wird uns geschrieben: Die alte Erfahrung, daß gerade diejenigen am rücksichtslosesten brutalen Zwang ausüben, die am lautesten nach Freiheit rufen und für sich selbst die größte Freiheit verlangen, erweist sich auch in der heutigen Zeit wiederum als richtig. Früher waren es Sozialdemokraten, die gegen Andersdenkende Zwang ausübten, heute sind sie es, die sich gleichfalls gegen die Druckmittel radikalerer Elenmente auflehnen, womit aber keineswegs gesagt sein soll, daß die Sozialdemokraten der sogenannten Mehrheitsrichtung Freiheit und Recht allerorten respektieren. Die Unabhängigen und die Kommunisten treiben es noch weit schlimmer. In Berlin, vielleicht auch anderswo, werden zurzeit Geldsammlungen veranstaltet für die Errichtung einer eigenen Druckerei, zugunsten des „Vollzugsrats" und für andere Zwecke, wobei nach dem alten Wort, „Geld stinkt nicht" die Arbeitsgenossen durch mehr oder weniger sanften Druck zur Hergabe von Geldmitteln gezwungen werden. Wie der „Vorwärts", der sich hiergegen wendet, schreibt, ist man sogar dazu übergegangen, den Betrag bei der Lohnzahlung abziehen zu lassen. Das ist die Freiheit der modernen Freiheitshelden! Wie weit es getrieben wird, zeigen Mitteilungen, die ein Mitglied des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter (H.-D.) in einer Versammlung jener Organisation am letzten Sonnabend machte. Der Mann hatte in einem Berliner Betriebe Beschäftigung gefunden, die ihm zusagte und auch guten Verdienst brachte. Wie sich dann herausstellte, waren sämtliche Mitarbeiter des Gewerkvereinsmitgliedes in der politischen Organisation der Kommunisten und gewerkschaftlich im Metallarbeiterverbande organisiert. Man trat sofort an das Gewerkvereinsmitglied mit dem Verlangen heran, daß auch er sich den Kommunisten anschließe und dem Metallarbeiterverbande beitrete. Der Gewerkvereinler lehnte dies Verlangen ab, worauf ihm bedeutet wurde, daß er dann unter allen Umständen die Arbeit werde aufgeben müssen, es würden in dem Betriebe nur Arbeiter geduldet, die sich den Kommunisten angeschlossen haben oder gewillt sind, ihrer Organisation beizutreten. Um nicht die gute Arbeitsstelle aufgeben zu müssen, fügte sich schließlich das Mitglied des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, trotzdem er ein Gegner der politischen und gewerkschaftlichen kommunistischen Bestrebungen ist. Das ist ein Einzelfall, der aber durchaus nicht vereinzelt dasteht. Die Koalitionsfreiheit wurde schon in früherer Zeit von den Arbeitern, die am stürmischsten nach der Freiheit verlangten, mißachtet, heute sieht es damit noch weit schlimmer aus.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 7. Aug. Festgenommen wurde in einer der letzten Nächte eine Einbrechergesellschaft, drei Männer und eine Frauensperson, nachdem sie sich in einer Schankwirtschaft in der Geiststraße auffällig benommen hatten. Bei näherer Untersuchung auf der Wache wurden bei den Männern Einbrecherwerkzeuge, Schmucksachen und 20 512,85 M Geld vorgefunden, während die Frauensperson u. a. eine Ledertasche bei sich trug, die einer Frau in der Geiststraße gelegentlich eines Einbruchs gestohlen wurde.

† **Zeitz**, 7. Aug. Die Regierung hat die Heraufsetzung der Stadt Zeitz in die Orte der Teuerungsklasse B genehmigt, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1919. Daß das gelungen ist, ist hauptsächlich der rastlosen und energischen Arbeit unseres demokratischen Abgeordneten, Herrn Höfler, zu danken, der sich keine Mühe verdrießen ließ. Wiederholt wurde er deswegen im Ministerium vorstellig, um dort die Interessen der Zeitzer Beamtenschaft persönlich zu vertreten. — Am Sonnabend früh sind auf dem hiesigen Bahnhofe 8 Offiziere, 203 Oberjäger und Mannschaften mit 30 Pferden und 7 Fahrzeugen hier angekommen. Sie sind für die ländlichen Ortschaften bestimmt und sollen den Schutz der Ernte übernehmen.

† **Osterfeld**, 7. Aug. Das Bezirksturnfest des 2. und 3. Bezirks des Weißen Elstergaus am Sonntag litt unter der Ungunst der Witterung. An dem Wettkampf am Vormittag beteiligten sich nur rund 50 Turner. Um 2 Uhr zog der stattliche Festzug mit klingendem Spiele nach dem Schützenhaus. Bezirksleiter Lehrer Beyer-Weißenfels betonte in seiner Ansprache die stählende Kraft des Turnens. Es fanden dann Kür- und Riegenturnen, sowie verschiedene Spiele statt.

† **Teuchern**, 6. Aug. In der Stadtverordnetensitzung wurde die Kleinsiedelungsfrage eingehend erörtert. Es sollen vorläufig 44 Siedelungen geschaffen werden. Davon wollen sich die Riebeckschen Montanwerke 25 für ihre Arbeiter und Beamten sichern. Die Gesellschaft will nicht nur das eine Viertel der Überteuerungskosten, das sonst von der betreffenden Gemeinde getragen werden muß, auf ihre Rechnung übernehmen, sondern auch dem betreffenden Arbeiter auf die für ihn in Frage kommenden Überteuerungskosten ein zinsfreies Darlehen in Höhe der Hälfte dieses Betrages gewähren, solange der Arbeiter selbst oder eins seiner Familienglieder bei der Gesellschaft in Arbeit verbleibt. Auch bei eintretender Invalidität soll diese Vergünstigung verbleiben und beim Tode der Witwe auf zwei Jahre hinaus. — Für die hier geplante Volkshochschule übernimmt die Stadt die Beschaffung der nötigen Räume und die Kosten für Heizung und Beleuchtung und gewährt außerdem eine Beihilfe von 300 M.

† **Schkölen**, 6. Aug. Zum Schutze der Feldfrüchte sind sieben Mann Regierungstruppen einquartiert. Den Außendienst und die Verbindung zwischen dem Bezirk Schkölen und Großhelmsdorf mit den Bezirken Osterfeld, Löbitz und Meyhen versieht ein Offizier, 2 Unteroffiziere und 5 Reiter mit zusammen 9 Pferden und zwar in der Weise, daß dieses Kommando sich abwechselnd je 8 Tage in Osterfeld, in Schkölen und in Meyhen aufhält.

† **Eilenburg**, 7. Aug. Bei der Bekämpfung des Schleichhandels wurden 396 Pfund Kartoffeln, 42 Pfund Hafer, 212 Pfund Brot, 224 Pfund Mehl, 57 Pfund Korn, 62 Pfund Makkaroni, 1 Liter Sahne und 12 Pfund Gemüse beschlagnahmt und der städtischen Nahrungsmittelstelle überwiesen. Sämtliche Nahrungsmittel sollten nach Leipzig verschoben werden.

† **Droyßig**, 6. Aug. Hier sind 54 Mann Regierungstruppen im Schützenhause einquartiert worden, um den Felddiebstählen sowie Plünderungen energisch entgegenzutreten. Am Sonnabend hat nun im „Preußischen Hofe" hierselbst eine öffentliche Versammlung stattgefunden, die gegen die Belegung unseres Ortes mit soviel Truppen energisch Protest erhoben hat, zumal auch erhebliche Unkosten entstehen, da die Unterbringung dieser Truppen auf Kosten der Amtskasse zu geschehen hat.

† **Wittenberge**, 7. Aug. Zu welchen Verhältnissen der achtstündige Arbeitstag führt, dafür geben die Zustände auf dem hiesigen Friedhof ein Beispiel. Mehrere Male ist es bereits vorgekommen, daß Leichen, die schon ins Grab hinabgelassen waren, nicht mehr zugeschaufelt wurden, da die Leichengräber einfach streikten, weil es zu spät sei; nach 4 Uhr nachmittags würde nicht mehr gearbeitet.

† **Raasdorf**, 7. Aug. In einem hiesigen Privatteich ist der ganze Fischsatz aufgefressen worden. Es gelang, vier große Bisamratten zu fangen, die die Fische vertilgt hatten.

† **Wethau**, 7. Aug. Am Sonntag verschied im Naumburger Krankenhause der schwerverletzte Arbeiter Karl Müller, während von den übrigen im Munitionslager Wethau verletzten Arbeitern noch zwei schwer darnieder liegen, hingegen die zwei leichter Verbrannten sich auf dem Wege der Besserung befinden.

† **Wallwitz**, 7. Aug. In der Nähe vom Bahnhof Wallwitz hat sich am Donnerstag abend eine Frau im Alter von etwa 60 Jahren von einem Zuge überfahren lassen. Bisher haben sich Angehörige nicht gemeldet.

† **Lindau**, 7. Aug. Hier und in der Umgegend werden wir in der letzten Zeit von Zigeunern belästigt, die zur ordentlichen Landplage werden. Oft 10 bis 15 Wagen kommen in eine Ortschaft. Zuweilen wurde die Einwohnerschaft alarmiert. Hoffentlich gelingt es, diese unliebsamen Besucher bald aus hiesiger Gegend zu vertreiben.

† **Zschorgula**, 7. Aug. Wie überall, so sind auch hier bei Verpachtungen der Äpfel, Birnen und Pflaumen Preise geboten worden, die in keinem Verhältnis zu der zu erwartenden Ernte stehen. Was helfen alle Richtpreise, wenn sich doch niemand danach richtet? Die Gemeinde erzielte 471 M aus ihren Anlagen. Ein der Schule gehöriger Margareten-Birnbaum wurde für 215 M verkauft. Aus den Kirschen nahm die Gemeinde 95 M, trotzdem nur etwa 60 bis 75 Pfund Kirschen hingen, welche sich zur Zeit der Reife noch um die Hälfte vermindert hatten.

† **Herzberg** (Elster), 6. Aug. Ein landwirtschaftlicher Arbeitgeberverband ist hier gegründet worden, der die Landwirte bei Streitigkeiten mit den Arbeitern infolge Lohnforderungen, Arbeitseinstellungen usw. schützen und die Ackerbestellung sichern soll. Der Verband soll mit der am gleichen Tage gebildeten Organisation der Arbeitnehmer in Verhandlungen treten, zwecks Abschlusses von Arbeitsverträgen und Lohntarifen.

† **Kassel**, 6. Aug. Auf Bahnhof Oberstadt wurden aus einem plombierten Wagen 3000 Kilo Benzol und 10 schwere Eisenfässer gestohlen und in aller Seelenruhe fortgebracht.

† **Leipzig**, 6. Aug. Trübe Erfahrungen machte hier ein Herr mit seiner Hausdame, die ursprünglich als Dienstmädchen in seinen Haushalt kam. Das Mädchen verstand es, sich die Zuneigung ihres Herrn in so hohem Maße zu erwerben, daß sie bald zur „Hausdame" emporrückte. Das Verhältnis zwischen dem Dienstgeber und der Hausdame war lange Zeit ein recht gutes. Später aber sah sich der

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ach, Lena, die Sonne ist doch nicht so völlig für uns untergegangen, wie ich manchmal glaubte. Ich war ganz unglücklich, daß ich dir nicht zu einem Landaufenthalt verhelfen konnte. Und nun reißt mich dieser Brief aus allen Sorgen! Sogar ich komme nun noch zu einem Landaufenthalt und unserm Kleinchen soll er auch gut tun. Hohenegg muß ja wundervoll im Grünen liegen. Früher hatten wir ein paar mal von Tante Laura Ansichtspostkarten bekommen, die ich aufgehoben habe. Ach, Lena — liebste Lena — wie ich mich freue! Ich glaube, ich könnte mich nie mehr über etwas freuen! — Freust du dich auch, liebste Schwester?"

Diese umfaßte Jutta und barg ihr Gesicht an ihrer Schulter.

„Liebe, gute Jutta, aus deiner Freude sehe ich ja erst, wie groß die Sorgen waren. Ich ahnte es längst, daß du kaum das Nötigste für uns schaffen kannst."

Jetzt muß ich gleich zu Onkel Doktor hinüberlaufen und ihm diese herrliche Botschaft künden. Er und Tante Maria werden sich mit uns freuen, wie sie sich mit uns gesorgt haben. Ach, Lena, mir ist, als scheine die Sonne mit einem Male viel heller und verlockender. Nachher müssen wir spazieren gehen. Freust du dich auch so wie ich? Du scheinst mir so still."

„Nicht stiller als sonst, Schwesterchen; du weißt, ich bin noch so matt."

„Ja, ich weiß — also, ich gehe zu Doktors und hole dich dann zum Spazierengehen ab. Wenn wir wieder heimkommen, schreibe ich an Tante Laura."

„Ja, Jutta. Danke ihr auch in meinem Namen von ganzem Herzen. Es liegt mir so viel daran, wieder ganz stark und gesund zu werden. Denn mit einer leidenden Frau kann mein Georg da unten in Ostafrika nichts anfangen."

Leichtfüßiger und frohen Herzens als all die letzte Zeit eilte Jutta zu Görgers.

Schmunzelnd begab er sich mit dem Briefe zu seiner Frau.

Die alte Dame freute sich mit ihm.

*

Frau von Hohenegg hatte den Wagen, der die Schwestern abholen sollte, zur Bahn geschickt. Dann hatte sie Johann rufen lassen. Nun stand er in ehrerbietiger Haltung vor seiner Gebieterin.

Frau Laura steckte in ihrem unschönen, praktischen Reitanzug. Sie saß in einem der hohen Lederstühle in der Halle. Hut und Reitpeitsche lagen neben ihr. Sie stützte die Arme auf die Seitenlehnen des Sessels und hatte die Hände verschlungen. Diese Hände paßten so gar nicht zu dem Äußeren der alten Dame. Sie waren noch merkwürdig glatt und von schöner, schlanker Form. Zwar waren sie nicht mehr mit der wichtigen Sorgfalt „manikürt", wie eine Modedame es für nötig hält, aber sie waren doch gut gepflegt und kontrastierten in ihrer Feinheit seltsam mit der derben, untersetzten Gestalt dieser seltsamen Frau. Diese Hände waren die einzige Schönheit Frau Lauras, aber sie war sich dessen nicht bewußt und hatte niemals Wert darauf gelegt. Manche Menschen beurteilen den Charakter einer Persönlichkeit nach den Händen derselben. Davon wußte Frau Laura nichts. Aber sicher hätte die Form dieser Frauenhand auf einen edlen Charakter schließen lassen, wenn sich jemand die Mühe gegeben hätte, ein Urteil darüber abzugeben.

Frau Laura sah Johann scharf an.

„Also, Johann, wie ich Ihnen schon sagte, erwarte ich Besuch. Der Wagen ist bereits zum Bahnhof. Die beiden Damen, meine Nichten, heißen Fräulein Jutta Falkner und Frau von Haller. Die letztere bringt ihr Kind mit. Für die Dauer des Aufenthalts der Damen soll Stina als Kindermädchen und zur persönlichen Bedienung sich den Damen zur Verfügung stellen. Ich muß jetzt aufs Feld hinaus. Sie empfangen die Damen und führen sie in die für sie bestimmten Zimmer im Westflügel."

„Sehr wohl, gnädige Frau."

„Ich wünsche, daß die Damen aufmerksam bedient werden und daß auf all' ihre Wünsche eingegangen wird, so weit sie in den Rahmen des Hauses passen. Verstehen Sie, Johann?"

„Sehr wohl, gnädige Frau."

„Gut. Die Mahlzeiten werden in dem Zimmer, das neben den Räumen liegt, die ich den Damen zum wohnen und schlafen bestimmt habe, serviert. Sie brauchen dann nicht mit dem Kind durch das Haus zu laufen, sie haben alles bequem beieinander. Und ich werde nicht gestört — ich mag kein Kindergeschrei hören, Johann."

„Es soll alles genau befolgt werden, gnädige Frau."

„Schön, ich verlasse mich auf Sie. Und noch eins — schließen Sie die Tür im Westturm auf. Diese Tür liegt den Damen bequem, wenn sie in den Park und den Garten gehen wollen. Sagen Sie den Damen, daß diese Tür von abends zehn Uhr bis früh sieben Uhr verschlossen bleibt und die ganze übrige Zeit für sie offen ist. Ich will meinem Besuch nicht zu jeder Tageszeit begegnen, deshalb soll er nicht den Haupteingang durch die Halle benutzen. Sie merken doch genau auf alles, was ich Ihnen sage, Johann?"

„Gewiß, gnädige Frau."

„Die Damen sollen viel frische Milch und Sahne, Eier und stärkende Weine bekommen, da sie erholungsbedürftig sind. Auch soll auf den Küchenzettel in diesem Sinne Aufmerksamkeit verwendet werden. Mit der Köchin habe ich bereits Rücksprache genommen. Ich hoffe, daß wir in den stillen Jahren in Hohenegg nicht ganz verlernt haben, was Gastfreundschaft heißt. Sagen Sie den Damen, ich hätte geschäftlich draußen zu tun und käme meist sehr müde nach Hause. Ich würde ihnen sagen lassen, wenn ich sie sprechen will."

„Ich werde alles bestellen, gnädige Frau."

Die alte Dame zögerte eine Weile, dann fuhr sie fort:

„Sie kennen mich ja nun eine Reihe von Jahren, Johann. Ich glaube, Sie kennen mich viel besser, als andere Menschen; Sie werden sich schon manchmal über mich gewundert haben —"

„Verzeihung, wenn ich es wage, gnädige Frau zu unterbrechen. Nicht gewundert habe ich mich über meine gnädige Herrin — ich habe sie nur bewundert, seit ich die Ehre habe, das Vertrauen meiner Herrin zu genießen. Das wollte ich nur sagen", sagte der alte Mann mit vor Bewegung zitternder Stimme.

Frau Laura sah ihm eine Weile mit einem stillen Blick in die Augen.

„Guter, alter Johann, ich weiß, Sie sind mir treu ergeben, und alle meine Schrullen stören Sie nicht. Aber lassen wir das. Sie sollten mich nur auch in dieser Angelegenheit verstehen. Also der Besuch soll mich in keiner Weise in meinen Gewohnheiten stören. Ich bin etwas menschenscheu geworden. Aber die jungen Damen sollen nicht denken, daß sie mir lästig fallen. Sorgen Sie dafür, daß Sie sich trotz meiner Unliebenswürdigkeit behaglich fühlen. Se sind ein Mensch, der sich auch in den schwierigsten Situationen zurechtfindet. Ich verlasse mich auf Sie, Johann."

„Gnädige Frau können das unbesorgt tun. Ich werde das Vertrauen, das gnädige Frau in mich setzen, rechtfertigen. Jetzt weiß ich mit allem Bescheid."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0005

Hausherr veranlaßt, seiner Hausdame zu kündigen. Um sich deshalb zu rächen, verbrannte das Mädchen 45 000 M Banknoten im Badeofen. Dann schnitt es große Löcher in die Perserteppiche und verbrannte die ausgeschnittenen Stücke. Ebenso verbrannte es eine große Anzahl wertvoller Kleidungsstücke, schlug aus dem kostbaren Porzellan des Haushalts mit einem Hammer Stücke heraus und warf das vorhandene Silberzeug in die Elster. Wenn auch von dem Silberzeug ein Teil wieder herbeigeschafft werden konnte, so ist der Schaden, der entstanden ist, doch außerordentlich groß.

† **Dresden**, 6. Aug. Infolge der Kohlennot und anderer erschwerender Umstände ist zum Winter mit einer riesigen Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu rechnen. An Regierungsstelle geht man mit den Schätzungen bis zu zehn Millionen Arbeitslosen. Die sächsische Regierung hat zur Regelung dieser Fragen, insbesondere, um Auswanderer vor Schaden zu bewahren, eine eigene Abteilung im Arbeitsministerium errichtet, die vor allem praktische Ratschläge zu geben vermag.

Gerichtsverhandlungen.

Ein schwerer Junge.

Ein gefährlicher Einbrecher hatte sich gestern vor der Strafkammer in Halle in dem 47jährigen Arbeiter Franz Schütze aus Beesenlaublingen zu verantworten. Unehelich geboren, zog er sich, kaum 12 Jahre alt, die erste Strafe wegen Diebstahls zu. Mit seinem 14. Lebensjahre hatte er bereits vier Strafen hinter sich. Dann ging es schnell abwärts mit ihm. Aus seinem reichen Strafverzeichnis seien nur die Strafen von 7 Jahren und 4 Jahren Zuchthaus erwähnt, um seine Vergangenheit zu kennzeichnen. Neben ihm saß der 46jähr. Arbeiter Wilhelm Losse aus Halle auf der Anklagebank, der es auch bereits auf 5 Jahre, 10 Jahre und 2 Jahre Zuchthaus gebracht hat. Ihre letzte Strafe zogen sich beide in Geestemünde zu. Losse saß sie ab, Schütze aber brach in Lüneburg aus, ging zunächst nach Belgien und kam nach Kriegsausbruch nach Deutschland zurück. Unter den Kriegsverhältnissen war es ihm trotz aller Steckbriefe möglich, sich jahrelang verborgen zu halten. In dieser Zeit hat er dann wieder auf seine Weise gründlich gearbeitet, d. h., eine ganze Reihe Eigentumsverbrechen begangen, bis ihn die Nemesis wieder erreichte. In dieser Zeit wurde er zwar einmal bei einem Diebstahl ertappt, er wußte sich aber wieder zu befreien, indem er von der Zelle aus Schulkindern einen Zettel zuwarf, und darauf sie bat, ihm eine Brechstange zu besorgen, was diese törichterweise auch taten, wodurch ihm der Ausbruch gelang. Endlich, im Jahre 1917, gelang seine Verhaftung in Halle, die einem Polizeikommissar fast das Leben gekostet hätte. Der Polizeiverwaltung war es gelungen, in Erfahrung zu bringen, daß er seit längerer Zeit in Halle ein Verhältnis mit einer Frau unterhielt und so wurde er am 15. Dezember 1917 plötzlich in der Wohnung seiner Geliebten überrascht. Als dann zwei Polizeisergeanten in die Wohnung dringen wollten, sprang er aus dem Fenster im ersten Stock, wurde jedoch sofort von dem Polizeikommissar Weingart erfaßt. Es entstand dann ein heftiges Ringen zwischen dem Verbrecher und dem Polizeibeamten. Blitzschnell griff Schütze in die Tasche, zog eine mit sechs scharfen Patronen geladene und entsicherte Dreysepistole hervor und der pflichttreue Beamte hatte alle Mühe, den rechten Arm des Schütze so zu halten, daß ihn keine Kugel treffen konnte. Aber die Kraft des Kommissars erlahmte, besonders als der Verbrecher ihm die Kehle zudrückte. Zum Glück kam in diesem Moment ein Polizeisergeant zurück, der Schütze durch einen Schuß in den Hals kampfunfähig machte. Wie dann bei ihm und seinen Verwandten, bei Losse, dessen Frau, deren Verwandten und Bekannten vorgenommene Haussuchungen ergaben, scheint er ein

wahres Räuberleben

geführt zu haben. Nur das Aufzählen der aus Diebstählen herrührenden Sachen würde fast eine ganze Spalte der Zeitung füllen; dabei wird er doch den größten Teil der in den drei Jahren „erworbenen Sachen" schon längst beiseite geschafft haben. Die beschlagnahmten Sachen führten zur Feststellung von Diebstählen in Spören, Roitschen, Alsleben, Halle, Plötzkau, Gebitsch, Dölau, Beyersdorf, Roitzsch, Delitz, Oberpeißen, Gröna, Rudolstadt und Dammendorf, durch welche dem oder den Dieben außer großen Mengen von Lebensmitteln, viel Kleidungsstücke, Schmucksachen, auch bares Geld in die Hände fielen. Nach der Anklage soll Schütze alle diese Diebstähle ausgeführt haben, zum Teil unter Mitwirkung des Angeklagten Losse. Schütze drückte nun der Gerichtsverhandlung durch sein Verhalten ein eigenartiges Gepräge auf. Als der Präsident ihm seine Vorstrafen vorhalten will, unterbricht er diesen gleich mit der Bemerkung, diese Arbeit könne er sich sparen. Während der Verlesung der Anklageschrift studierte Schütze seine selbstangelegten Akten, verlangte die Vorlesung des Wortlautes der vielen §§, gegen die er sich vergangen haben soll und monierte, als ein gegen ihn gar nicht gerichteter § nicht vollständig zur Verlesung kam. Schließlich lehnte er den Gerichtshof als befangen ab. Die Richter hätten schon unter dem alten Regime gewirkt. Sie seien danach Richter der Gewalt. Die Dynastie habe auf ihre Rechte nicht verzichtet, deshalb müßten die Richter gegen die jetzigen Regierenden vorgehen. Aber keiner tue es. Heute richteten dieselben Herren im Namen der sozialen Republik, in Kürze vielleicht im Namen des Kommunismus. Solche Richter erkläre er für befangen. Sein Antrag wurde abgelehnt, weil er zu spät gestellt war. Er bestritt dann, die ihm zur Last gelegten Diebstähle ausgeführt zu haben. Nur einen Diebstahl müsse er zugeben, daß er nämlich seinem Freunde die Legitimationspapiere gestohlen habe. Aber dieser Fall stehe ja nicht zur Anklage. Er sei hausieren gegangen, habe Vermittlungsgeschäfte gemacht, Lebensmittel auf Schleichwegen besorgt und viel dabei verdient. So sei es ihm möglich gewesen, die bei ihm, Losse und den Anverwandten vorgefundenen Sachen käuflich zu erwerben. Als der Präsident ihm sagt, so etwas kaufe man doch nicht, da man den unredlichen Erwerb hätte erkennen müssen, meinte Schütze: Erlauben Sie mal, Herr Präsident, die Sache kennen Sie nicht. Wenn man in dieser Zeit etwas kauft, fragt man nicht lange, wo es herstammt. Wenn ich etwas gekauft habe, habe ich es nicht auf die Goldwage gelegt, ob es ehrlich erworben war. Es wurde ihm aber vorgehalten, daß er vier Diebstähle am Tage nach der Verhaftung der Polizei gegenüber zugestandenhabe. Er meint dazu, damals unter dem Blutverlust nicht ganz zurechnungsfähig gewesen zu sein. Der Kommissar wies jedoch darauf hin, wie Schütze damals ganz ruhig eine Zigarre geraucht habe. Als weiter zur Sprache kam, daß er bei einem hiesigen Maurermeister 200 Eier und bei einem Fabrikbesitzer u. a. Erbsen gestohlen haben solle, wollte er beantwortet wissen, ob gegen die Herren klagbar vorgegangen sei, denn Eier und Erbsen gehörten zu rationierten Lebensmitteln. Der Angeklagte Losse bestritt jede Teilnahme an den Diebstählen. Er habe während der ganzen Kriegszeit in einer hiesigen Fabrik ununterbrochen gearbeitet. Der Hehlerei habe er sich nur schuldig gemacht, indem er für Schütze eine Kiste mit gestohlenen Sachen von der Aufbewahrungsstelle am Bahnhof abgeholt und dann für sich behalten habe. Seiner Frau habe er von diesen Sachen nach und nach Verschiedenes geschenkt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schütze eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus, gegen Losse 8 Jahre Zuchthaus, gegen seine Frau 6 Monate Gefängnis und gegen eine Bekannte der Frau, bei der gestohlene Sachen eine Zeitlang gestanden haben, 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Schütze wegen schweren Diebstahls in 5 Fällen, einfachen Diebstahls in 2 Fällen, gewerbsmäßiger Hehlerei, Unterschlagung und Widerstand gegen die Staatsgewalt eine

Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus,

gegen Losse wegen gewerbsmäßiger Hehlerei auf 5 Jahre Zuchthaus, gegen Frau Losse wegen gewerbsmäßiger Hehlerei auf 6 Monate Gefängnis. Zwei weitere der Hehlerei angeklagte Frauen wurden freigesprochen.

Vermischtes.

* **Sechs Bergleute durch schlagende Wetter getötet.** Auf der Zeche „Ernestine" bei Essen ereignete sich eine Explosion schlagender Wetter, durch die sechs Bergleute getötet wurden.

* **Neue große Zuckerschiebungen** sind durch Beamte des Landespolizeiamtes in Berlin wieder aufgedeckt, mehrere hundert Zentner Zucker beschlagnahmt und bisher zehn Personen verhaftet worden. Zunächst gelang es den Beamten, einen Eisenbahnwaggon, der 300 Zentner Zucker enthielt, auf einem Berliner Güterbahnhofe zu beschlagnahmen, bevor die Ware verschoben werden konnte. Die Nachforschungen ergaben, daß der Waggon aus Sudenburg-Magdeburg stammte und für einen Berliner Schieber bestimmt war. Dieser und mehrere Helfershelfer wurden festgenommen und in einem Schuppen noch ein großer Posten Zucker, der aus einem anderen Waggon stammte, ebenfalls beschlagnahmt. Die Schiebungen begannen schon auf dem Güterbahnhof in Magdeburg. Drei Bahnangestellte, ein Kaufmann und ein Schmied waren hier die Hauptbeteiligten.

* **Furchtbare Morde.** Der Bauunternehmer Gustav Kreuz aus Osterhagen ermordete im Walde bei Ehlershausen in der Lüneburger Heide seine Ehefrau. Der Mörder wurde in Hannover verhaftet. — Die Kaufleute Schmidt und Richter aus Hannover, die mit 400 M barem Gelde nach Dehsbergen (Grafschaft Schaumburg) fuhren, um dort Lebensmittel zu hamstern, wurden von dem Landwirt Friedrich Soeffker und der Gastwirtsfrau Rainer beim Kaffeetrinken durch Gift bewußtlos gemacht und dann erschlagen. Die Leichen wurden im Backofen auf dem Grundstück verbrannt. Soeffker und Frau Rainer wurden verhaftet und nach Hannover in Untersuchungshaft gebracht.

* **Um 575 000 M beraubt.** Einem Bericht aus Dortmund zufolge wurden zwei Beamte der Zeche „Hansa", die 575 000 M Lohngelder bei sich führten, durch drei Männer an der Franziusstraße überfallen und beraubt. Die Täter sind spurlos entkommen.

* **Folgenschweres Attentat.** Einer Meldung des „Secolo" aus Rom zufolge wurde auf der Strecke Tarent—Potenza mit einer Höllenmaschine ein verbrecherischer Anschlag auf einen Eisenbahnzug verübt. Neun Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.

* **Fliegerunglück in Dresden.** Auf dem Flugplatze Caditz bei Dresden veranstaltete die Deutsche Luftreederei flugsportliche Vorführungen. Während in einem Großflugzeug Rundflüge über Dresden und das Elbtal ausgeführt wurden, zeigten einige Schüler der Dresdener Aero-Flugschule Kunst- und Sturzflüge über dem Flugplatze. Als der Dresdener Flieger Spindler in geringer Höhe eine scharfe Kurve flog, stürzte sein Apparat ab und auf das Dach eines Flugzeugschuppens. Der Apparat durchschlug das Dach und stürzte brennend in das Innere des Schuppens, wobei auch ein zweiter im Schuppen stehender Apparat in Flammen aufging. Der Flieger selbst konnte sich retten und kam ohne erheblichen Schaden davon.

* **Ein scheußliches Verbrechen** wird aus Allenstein i. V. bei Plauen berichtet. Ein Liebespaar wurde von einem Manne, der aus dem Walde sprang, überfallen. Der 19jährige junge Mann wurde von dem Täter erschossen. Darauf schleppte der Mörder das Mädchen in den Wald und verübte an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen. Die Leiche des jungen Mannes wurde in einem Leinwandsack versteckt aufgefunden. Als Täter kommt der 27 Jahre alte flüchtige Handarbeiter Alfred Hübner in Frage.

* **Für 111 000 M Tausendmarkscheine beschlagnahmt.** Zwei Berliner Schieber, v. Schimanski und Bauer, wollten den Hausbesitzer Fischer aus Plauen, der 111 000 Tausendmarkscheine mit dem roten Stempel besaß und sie gegen einen Aufschlag von 350 M (!) verkaufen wollte, um diese Summe betrügen. Ein Strohmann sollte in einem Hotel das Geschäft abschließen, zu gleicher Zeit aber ein falscher Kriminalbeamter erscheinen und das Geld „beschlagnahmen". Auf der Suche nach diesem angeblichen Käufer kamen sie jedoch an die falsche Adresse, nämlich an einen richtigen Kriminalbeamten, der zum Schein auf den Plan einging. Als nun das Geschäft abgeschlossen werden sollte, erschien die Polizei und verhaftete alle drei Schieber. Einem von ihnen gelang es leider später, wieder zu entkommen.

* **Juwelenschmuggel in Konservenbüchsen.** Die Beamten der pfälzischen Bahnen erhielten die telegraphische Anweisung, nach Juwelen zu forschen, die von Frankreich nach Köln geschmuggelt werden sollten. Ein Schaffner fand zwischen Neustadt und Ludwigshafen in der Dampfheizung eines Abteils dritter Klasse zwei kleine Konservenbüchsen mit Juwelen im Werte von etwa 200 000 M.

* **Die Lustbarkeitsabgaben in München** überschritten im Juli bis heute schon 2 Millionen Mark. Das ist mehr, als die Lustbarkeitsabgabe des ganzen Jahres 1918 betrug. Also auch in München zeigt sich, wie in allen Teilen des Reiches, die seltsame Erscheinung, daß mit dem Zusammenbruch des Vaterlandes die Vergnügungssucht der Bevölkerung überhand nimmt.

* **Ein schweres Unwetter** mit Hagelschlag hat im Südosten von Berlin schwere Verwüstungen angerichtet. Eisstücke in Taubeneiergrößee schlugen auf die Obstbäume, Roggenfelder und Gartenfrüchte hernieder.

* **Errichtung eines Bismarckdenkmals.** Aus Kolberg wird gemeldet: Im Parke des Ritterguts Kniephof, dem pommerschen Besitz Bismarcks, wurde das von der Turnerschaft Pommerns gestiftete, aus erratischen Findlingen erbaute Bismarckdenkmal enthüllt.

Reife Birnen
verkauft
Gemüsebau Rischmühle.

Grüne Bohnen
a Pfd. 35 Pf.,
Karotten o. Kraut
a Pfd. 15 Pf.
empfiehlt
Emil Wolff.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau
Berta Koopmann, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 104.

Fahrräder
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Schreibmaschinen
Nähmaschinen
Motorräder
Ersatzteile
Öle, Fette
Fahrradschläuche
Fahrraddecken
empfiehlt
Auto-Engel
Fernruf 203.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Kammer-Lichtspiele!
Ab Freitag bis Montag nur für Erwachsene:
Neu! **Casanova** Neu!
Der König der Liebe!
Neu! Neu!
Der grösste und schönste Film, der niemals übertroffen werden kann!
6 Akte! Jeder Akt voll gewaltiger Pracht u. Schönheit, künstlerische Ausführung. **6 Akte!**
Als Hauptdarstellerinnen 7 rassige, hervorragende, ungarische Frauenschönheiten.
„CASANOVA" rechtfertigt die höchsten Erwartungen!
„CASANOVA" bietet künstlerische Höchstleistung! —
In Leipzig z. 1. Male aufgeführt u. seit dem 1. Aug. vor nur ausverk. Hause gespielt.

Wie erhalte ich gesundes, kräftiges, zeugungsfähiges Vieh? Nur mit
Dr. Dietrichs Futterkalk
mit physiol. Viehkräutersalzen.
Machen Sie einen Versuch, Sie sind überzeugt. 1 Pfd. 1,20 Mk., 10 Pfund 11,— Mk., 1/4 Ztr. 25,— Mk., ½ Ztr. 45,— Mk., 1 Ztr. 85,— Mk.
Restitutions-Fluid
:—: extra starke Qualität :—:
Gotthardt-Drogerie
Hermann Emanuel.

Elektrische
Pianos,
Orchestrions.
Bequeme Zahlungsweise.
O. Wüstneck, Halle.
Tel. 6201. Halberstädterstr. 3

Frankleben **Siebecks Gasthof am Bahnhof.**
Sonnabend, den 9. August,
großer Variete- und Theater-Abend
der überall bekannten und beliebten
Thuringia-Sänger.
Vollständig neuer Familien-Spielplan.

G. Bär, Humorist, ehem. Mitgl. der Seidel-Sänger.	Paul Wallis, — das sächsische Unikum. —
4 Thuringia's, akrob. Tanz-, Gesangs- u. Verwandlungs-Ens.	Erna Carlo, — Vortragskünstlerin. —
Geschw. Göhle, Orig.-Duo und Soloszenen.	Die schöne Galathee, urkomische Posse.

Außerdem der übrige Solo-Teil.
Den verwöhntesten Ansprüchen Rechnung tragend, bitten um recht zahlreichen Besuch
Die Direktion. E. Göhle. Franz Siebeck, Gastwirt.

Tivoli-Theater Mersebg.
Direktion: A. Dechant.
Freitag, den 8. Aug. 1919, abends 1/28 Uhr.
Benefiz für Kapellmeister Leo Simonsohn.
Die schöne Helena
Operette in 3 Akten von Jacques Offenbach.
Orchester: Volles Philharmon. Orchester Merseburg.
Sonntag, den 10. August 1919, abends 1/28 Uhr:
Die schöne Helena.
Operette in 3 Akt. von Offenbach.

Gesellschafts-Verein
„Frohsinn"
hält Sonnabend, den 9. August, im „Thüringer Hof" von abends 6½ Uhr sein
Tänzchen
ab. — Alle Freunde und Gönner sind willkommen.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im Dammschloß.

Kinderhort
im Schloßgarten-Salon.
Der Kinderhort wird am
Montag, den 11. August,
in der bisherigen Weise wieder in Betrieb gesetzt.
Vaterländischer Frauenverein Merseburg — Stadt.

Fuhren
aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw.
besorgt **Emil Jentsch,**
Neumarkt 76.

Schießklub Merseburg.
Sonnabend, den 9. August, von 6½ Uhr an, im Strandschlößchen
Tanzkränzchen.
Neueste Tänze und Saalpost finden statt. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

* * **Neues Schützenhaus.** * *
Sonntag, den 10. August, von nachm. 3 Uhr an
großer BALL!
Es ladet freundlichst ein
Die Schornsteinfeger-Gesellschaft, Regierungsbezirk Merseburg.

Trebnitz.
Sonntag den 10. August,

Jugendball
von nachmittags 3 Uhr ab
Ballmusik
bei vollbesetztem Orchester der Merseburger Stadtkapelle, wozu freundlichst einladen
Artur Heyer. Die Jugend.

Strandschlösschen

Sonntag, den 10. August,
von nachmittags 3 Uhr ab
grosser Ball!
Daselbst Sonnabend, den 9. August, und Sonntag, den 10. August,
großes Geflügel-Auskegeln!
Gäste herzlich willkommen. A. Weiß.

Ballspielverein „Germania".
Sonnabend, den 9. August, von abends 6½ Uhr ab,
großer Ball
im „Neuen Schützenhaus" bei vollbesetztem Orchester. U. a. Saalpost, als Preis ein großes Kaninchen und Preiskegeln. Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 175 | Freitag, den 8. August 1919. | 46. Jahrg.

Der achte August.

Morgen jährt sich der schwärzeste Tag der deutschen Geschichte. Am 8. August 1918 zerbrach der Grundbau des deutschen Schicksals. Der Krieg, der vier Jahre lang wie ein einziger deutscher Sieg gestrahlt hatte, wandelte sich innerhalb weniger Vormittagsstunden zu der ungeheuersten Niederlage, die je ein ruhmreiches Volk erlebt hat. Ludendorff, der sich drei Wochen vorher dem neuen Staatssekretär von Hintze feierlich dafür verbürgt hatte, daß die deutsche Westoffensive den Feind niederzwingen werde, mußte wenige Tage nach dem 8. August in der Kaisersitzung von Spa darlegen, daß die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen geboten sei. Der 8. August schloß eine Welt des Glanzes und der Größe ab und bezeichnete den Anfangspunkt des deutschen Niedergangs in Armut und Sklaverei.

Wir sind heute über die einzelnen militärischen und politischen Vorgänge dieser schwarzen Augustwochen von 1918 genau unterrichtet. Am 15. Juli war der vierte Offensivstoß an der Westfront in einem französischen Gegenangriff gescheitert. In seinem Memoirenwerk schreibt Ludendorff: „Wir waren immer über die feindlichen Pläne unterrichtet, die Feinde aber nie über die unseren. Bloß am 15. Juli wußten sie Bescheid von unserem Vorhaben, da hatten wir es ihnen auch zu leicht gemacht.“ Dieser vierte Offensivstoß wurde abgebrochen und Ludendorff bereitete nun ein neues großes Unternehmen vor, das aus der Yperngegend her den Feind treffen sollte. Die Vorbereitungen dazu beschäftigten die Oberste Heeresleitung so sehr, daß sie kein Auge hatte für das, was sich südöstlicher vor der zweiten deutschen Armee vorbereitete. Ludendorff hat in seinen Memoiren ganz recht: „Wir wußten immer, wenn die Feinde etwas vorhatten.“ Auch vor dem 8. August war die Oberste Heeresleitung darauf aufmerksam gemacht worden, daß gegenüber der zweiten Armee etwas im Gange war — aber in einem tragischen Irrtum befangen, maß sie diesen Dingen keine Bedeutung bei.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ ist aus der Feder eines Offiziers, der im Generalstab des Generalkommandos jenes Korps gearbeitet hat, bei dem der feindliche Einbruch erfolgte, eine genaue Darstellung der Vorgänge jener Tage erschienen. Bereits in den ersten Augusttagen, so erzählt dieser Offizier, mehrten sich an seinem Frontteil die Anzeichen einer bevorstehenden feindlichen Aktion. Jeden Morgen machten die Truppen Meldungen über feindliche Vorbereitungen besonderer Art. Am 5. August berichteten sie über die Auffahrt von Hunderten feindlicher Tanks. Das war ein Zeichen, daß ein großer Schlag geplant war. Das Generalkommando des Korps geriet in Sorge, aber seine Sorge wurde „weiter oben“ nicht geteilt. Am 8. August erfolgte dann der große feindliche Angriff — aber immer noch maß ihm der schon seit einigen Tagen gewarnte Ludendorff keine Bedeutung bei. Er hielt das Ganze für eine lediglich lokale Demonstration der Gegner. Ludendorff sagte, er sei über die feindliche Kräfteverteilung genau unterrichtet. Der Feind könne hier nicht über die für eine große Offensive erforderlichen Mittel verfügen. Tatsächlich verfügte er über fünfzehn gute Divisionen, von denen Ludendorff keine Ahnung hatte. Er verweigerte dem betreffenden Generalkommando die geforderten Reserven und lehnte auch den Vorschlag des kommandierenden Generals ab, sich vom Feinde zu lösen und hinter die Somme zurückzugehen. Das wäre damals noch ohne Verluste möglich gewesen und hätte die Situation gerettet.

Erst vom 12. August an begann Ludendorff seinen katastrophalen Irrtum einzusehen. Aber immer noch sandte er keine Reserven, immer noch willigte er nicht in die Loslösung vom Feinde. Seine Maßnahme war die Ablösung des betreffenden kommandierenden Generals und dessen Ersatz durch einen „eisernen“ Mann. Acht Tage darauf mußte trotzdem der Rückzug über die Somme erfolgen.

Die Oberste Heeresleitung hat nie zugegeben, daß sie die feindlichen Absichten an der Einbruchsstelle des 8. August unterschätzt hat. Wenn der Feind auch stärker gewesen sei, als sie angenommen habe, so hätte der Durchbruch doch nicht erfolgen können, wenn die deutschen Truppen an dieser Stelle nicht versagt hätten. Die Abwälzung der Schuld auf die Truppen, die vor einer unmöglichen Leistung zusammenbrachen, berührt wenig sympathisch, um so mehr, als Luden- … Ehrenzeugnis ausgestellt … Oktober in der großen … die am 8. August ver- … das glänzend ge- … luß zu ziehen, daß die … e, wenn überhaupt eine … wäre. Aber die feind- … feindliche Übermacht zu …

… ied tatsächlich das ganze … Spa die Oberste Heeres- … siegreich beenden könne, … edensbittgänge vorzube- …

… eden.

… Eisenbahnverkehrs.

… nteralliierte beschließende … beziehungen der Entente … ndung, wie sie 1914 be- …

… -Amerika.

… r „Voss. Ztg.“ aus Ham- … Deutschland direkt nach … rikanische Frachtdampfer … t und Fracht den Ham- … verließ. Damit ist der … nd Amerika eröffnet.

Neueste Nachrichten.

Zurückgekehrte Kriegsgefangene.

Köln, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Im Laufe dieser Woche sind auf dem Übergabebahnhof Köln-Deutz über 800 deutsche Kriegsgefangene eingetroffen und zwar in englischen Lazarettzügen aus englischen Kriegsgefangenenlagern in Nordfrankreich. Insgesamt waren es 875 Mann, darunter 75 aus den besetzten Gebieten.

Ueberreichung der österreichischen Antwort.

St. Germain, 7. Aug. (Priv-Telegr.) Nach der Überreichung der österreichischen Antwort auf den Friedensvertragsentwurf ist gestern abend der Staatskanzler Renner mit dem größten Teile der deutsch-österreichischen Delegation nach Wien zurückgereist.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Berlin, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verbande der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten der Metallindustrie im Reichsarbeitsministerium unter der Leitung des Regierungsrats Sitzler haben zu einer vollkommenen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit dem schnellen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Ausdehnung des Streiks in Liverpool.

Amsterdam, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Reuter meldet aus London: Die streikenden Polizisten in Liverpool suchen in jeder Weise einen allgemeinen Ausstand herbeizuführen. Die Gemeindearbeiter haben gestern ihre Zustimmung zu einem Streik der Straßenbahnangestellten ausgesprochen und beschlossen, nach 24 Stunden die Arbeit niederzulegen, wenn die Forderungen des Straßenbahnpersonals und der anderen Gemeindebediensteten nicht bewilligt werden. Infolge des Beschlusses werden heute alle Gemeindebediensteten, u. a. auch die Elektrizitätsangestellten, gekündigt werden.

Englischer Erfolg über die Bolschewisten.

London, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Reuter meldet: Das britische Kriegsamt teilt mit, daß die kombinierten Land-, Luft- und Seestreitkräfte einen gelungenen Überfall auf die Stellungen der Bolschewisten bei dem Onegasee unternahmen. Der Hafen von Talwinsk wurde besetzt.

Aufhebung der Blockade gegen Ungarn.

Amsterdam, 7. Aug. Reuter meldet aus Paris: Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, die Blockade gegen Ungarn aufzuheben.

Die Rumänen in Budapest.

Wien, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Aus Budapest wird gemeldet: Infolge einer Weisung des rumänischen Militärkommandos fordert der Oberstadthauptmann von Budapest die sämtlichen Kaufleute auf, als Zeichen der Wiederkehr des normalen Lebens ihre Geschäfte wieder offen zu halten. Das Kommando der rumänischen Truppen habe Verfügungen getroffen, daß Lebensmittel und Bedarfsartikel in genügender Menge nach Budapest gebracht würden, so daß in dieser Hinsicht die Lage sich in allernächster Zeit wesentlich bessern würde.

Der Prinz von Wales nach Kanada.

Amsterdam, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer drahtlosen Meldung aus London ist der Prinz von Wales gestern an Bord des Panzerschiffes „Renown“ nach Kanada in den Vereinigten Staaten abgereist.

England will seine Heerführer ehren.

London, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Die englische Regierung hat im Unterhause den Antrag eingebracht, den verschiedenen englischen Anführern im Kriege Titel zu verleihen und Geldsummen zu schenken.

Die Forderungen der amerikanischen Eisenbahner.

New York, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach einer zuverlässigen Schätzung werden die von dem Eisenbahnpersonal verlangten Lohnerhöhungen einen Mehraufwand von 800 Millionen Dollar jährlich bedeuten, während die Einnahmen bereits um einige hundert Millionen unter dem von der Regierung garantierten Betrage zurückbleiben.

Ernste innere Lage in Amerika.

Washington, 7. Aug. (Priv.-Telegr.) Wie gemeldet wird, wird Präsident Wilson infolge der ernsten Lage im Innern der Vereinigten Staaten, die durch die Streiks und die Lebensmittelteuerung hervorgerufen ist, seine Propagandareise für den Friedensvertrag mit Deutschland und das amerikanisch-französische Garantieabkommen verschieben. Es wird dies eine erhebliche Verzögerung der Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Der erste Dampfer nach Argentinien.

Hamburg, 7. Aug. Am 25. August wird durch die Hamburger Firma Daniel Milberg als Vertreter der Johnson-Linie der Dampfer „Drottning Sofia“ nach Buenos Aires abgefertigt werden. Es ist dies der erste Dampfer, der die Verbindung zwischen Hamburg und Argentinien wieder aufnimmt.

Was die Franzosen vorhatten.

Versailles, 7. Aug. Über den Generalbericht Barthous sagt u. a. „Laberté“: Barthou habe trotz aller notwendigen Reserven dem Friedensvertrag zugestimmt. Hätte sich Clemenceau und Marschall Foch mit Deutschland allein befunden, wären die militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen anders ausgefallen.

Die Aburteilung des Kaisers erfolgt nach der Ratifizierung.

London, 7. Aug. (Reuter. Unterhaus.) In Erwiderung einer Anfrage sagte Bonar Law, die Alliierten hätten ihren Beschluß betr. des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren vor Ratifizierung des Friedensvertrags eingeleitet werden.

*

Der französische Generalbericht über den Friedensvertrag.

Versailles, 6. Aug. Der Friedensausschuß der französischen Kammer hörte gestern während drei Stunden den Generalbericht des Abg. Barthou an, der schließlich mit 30 gegen 2 Stimmen (Franklin Bouillon und Louis Marin) genehmigt wurde. Es haben also 28 Mitglieder des Ausschusses an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom Mord von Serajewo an und

macht für den Krieg Kaiser Wilhelm verantwortlich.

Der Bericht beschäftigt sich alsdann auch mit der Art der deutschen Kriegführung und wirft dem deutschen Generalstab vor,

er habe systematisch den Krieg in barbarischer Weise geführt,

durch Erschießen von Zivilpersonen, durch Tötung von Geiseln, durch Deportation von Zivilpersonen, durch Plünderungen, durch Abtransport von Frauen und jungen Mädchen, durch Beschießung von Spitälern und Lazaretten, durch den Gebrauch von giftigen Gasen und schließlich durch den Unterseebootkrieg. Aus diesen Gründen müssen die Schuldigen gemäß Artikel 231 und 227 des Friedensvertrages bestraft werden. Barthou stellt alsdann fest, welches befriedigende Ergebnis die Friedensverhandlungen hätten haben können, wenn die Regierung gemeinsam mit dem Parlament während der Verhandlungen die verschiedenen in Frage kommenden Gebiete eingehend besprochen hätte. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuwerfen sei, sei, daß er das Werk Bismarcks nicht zerstörte, im Gegenteil,

die deutsche Einheit sei vertieft

und durch den Vertrag formell anerkannt worden. Zu gleicher Zeit aber sei der Völkerbund gegründet worden. Er könne auf keinen Fall ein Äquivalent dafür bieten, daß man Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt habe, aber wenn er in seiner jetzigen Gestaltung nicht alle Hoffnungen erfüllen könne, sei das nicht die Schuld Frankreichs.

Übergehend zu den territorialen Fragen stellt Barthou fest, daß der Vertrag auf diesem Gebiet ein Werk des Rechts und der Gerechtigkeit sei. Der Vertrag schaffe einen Geist der Beruhigung, denn es gäbe jetzt keine Irredenta mehr. Was die finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln anbetrifft, so hebt der Bericht hervor, wenn auch die Kriegskosten nicht zurückverlangt werden können, so sichere der Vertrag doch die Wiedererstattung der Schäden, die Personen und Sachen zuteil geworden seien. Man müsse erwarten, daß die mit Frankreich alliirten und assoziierten Mächte sich stets dessen bewußt seien, was Frankreich geleistet habe.

Der Berichterstatter behandelt alsdann eingehend die Frage des linken Rheinufers in der Weise, wie sie Ministerpräsident Clemenceau in der vorigen Woche dem Friedensausschuß dargestellt hat. Er verweist auf eine Note der Regierung, die die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen und des Frankreich spontan angebotenen Bündnisvertrages mit England und Amerika auseinandersetzt.

Zum Schluß sagt Barthou: Der Vertrag von Versailles lasse, was seine Grundlage betreffe, eine gewisse Einheit vermissen und in der Form eine gewisse Klarheit. Was ihn auszeichne, sei, daß er den Nationen das Recht gibt, über sich selbst zu verfügen, daß er den preußischen Militarismus vernichtete den Völkerbund gründete und den niedergedrückten Völkern das Leben und die Unabhängigkeit wiedergäbe. Jetzt müßten seine Ausführungen überwacht werden, damit es Deutschland nicht mehr gelänge, wieder Schaden anzurichten.

Allem voran gehe die Sicherheit Frankreichs

und aus dem Ruin des preußischen Militarismus steige der Völkerbund mit der ganzen Kraft des Rechts empor. Was Frankreich betreffe, so habe der Vertrag einer schmerzlichen Ungerechtigkeit ein Ziel gesetzt und das Landesgebiet wieder hergestellt. Unter der Voraussetzung, daß die Alliierten wachsam und solidarisch bleiben, werde der Vertrag Früchte tragen. — Nach dem „Matin“ soll die Besprechung in der Vollversammlung jedenfalls nicht vor dem 2. oder 3. September beginnen.

Zur Lage im Reiche.

Richtlinien der Ernährungspolitik.

Im Gegensatz zu den düsteren Prophezeiungen über die Zukunft der deutschen Ernährung vor der Ernte hat sich heausgestellt, daß diese Voraussagen sich glücklicherweise nicht bewahrheitet haben. Zum Teil mag diese Erscheinung auf das Aufhören der Feindseligkeiten zurückzuführen sein, zum nicht geringen Teil jedoch ist es eine Folge der Konsequenzen der weitausschauenden Politik, die Robert Schmidt als Reichsernährungsminister getrieben hat. Nach dem Antritt des Erbes Emanuel Wurms, der am 13. Februar 1919 erfolgte, machte sich Schmidt zunächst an die Aufgabe, unter allen Umständen eine Besserung der Ernährung herbeizuführen. Dies erfolgte zunächst durch die Erfassung der vorhandenen Lebensmittelpreise und die Hebung der Produktion. Für diese Arbeit zog Schmidt sowohl Konsumenten wie Produzenten erfolgreich zur positiven Mitarbeit heran, ohne sich bei seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik einseitig auf Prinzipien festzulegen. Bei allem Bemühen, die allgemeine Versorgung an lebenswichtigen Nahrungsmitteln sicherzustellen, wurden Schritte unternommen, die Zwangswirtschaft bei einer Reihe von Nahrungs- und Futtermitteln zu lockern.

Ein zweites wichtiges Mittel zur Besserung der Lebensmittelversorgung war die unter fachmännische Leitung gestellte Förderung der Einfuhr. Da die Verbindung mit den Neutralen zur Deckung des Defizits der deutschen Lebensmittelversorgung nicht ausreichte, wurden im Februar 1919 Verhandlungen mit den Alliierten wegen Überlassung von Lebensmitteln eingeleitet. Diese Verhandlungen führten zum Abschluß eines Vertrages, in dem Deutschland das Recht für den Ankauf von 300 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Fleisch monatlich zugestanden wurden. Eine seiner Hauptaufgaben erblickte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an in der Senkung der Lebensmittelpreise. Dies ist ihm durch die Bereitstellung von 1½ Milliarden Mark gelungen, die gemeinschaftlich durch das Reich und die Gemeinden zu übernehmen sind. Darüber hinaus aber gilt die Hauptsorge Schmidts der Vorbereitung eines allgemeinen Preisabbaues auf dem inländischen Markt, die in einer Störung des Schleichhandels erblickt wird. Auch zur Förderung der Produktion auf dem Wege der Reichsgesetzgebung sind vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190808-12/fragment/page=0007
DFG